



## **Wortprotokoll** der 11. Sitzung

### **Auswärtiger Ausschuss**

Berlin, den 2. April 2014, 12:30 Uhr  
10557 Berlin, Adele-Schreiber-Krieger-Straße  
Marie-Elisabeth-Lüders-Haus  
Saal 3.101

Vorsitz: Dr. Norbert Röttgen, MdB

## Tagesordnung - Öffentliche Anhörung

### **Tagesordnungspunkt 1**

ISAF-Einsatz - Lessons Learned

**Nur zur dienstlichen Verwendung****Mitglieder des Ausschusses**

	<b>Ordentliche Mitglieder</b>	<b>Stellvertretende Mitglieder</b>
CDU/CSU	Bergner, Dr. Christoph Beyer, Peter Brähmig, Klaus Frei, Thorsten Gauweiler, Dr. Peter Grund, Manfred Jüttner, Dr. Egon Kiesewetter, Roderich Klimke, Jürgen Mißfelder, Philipp Motschmann, Elisabeth Nick, Dr. Andreas Radwan, Alexander Röttgen, Dr. Norbert Uhl, Dr. Hans-Peter Vietz, Michael Wadephul, Dr. Johann Wellmann, Karl-Georg	Feist, Dr. Thomas Fischer (Karlsruhe-Land), Axel E. Hahn, Florian Hasselfeldt, Gerda Hauptmann, Mark Hochbaum, Robert Hoppenstedt, Dr. Hendrik Huber, Charles M. Klein, Volkmar Lamers, Dr. Karl A. Lämmel, Andreas G. Leikert, Dr. Katja Metzler, Jan Müller (Braunschweig), Carsten Otte, Henning Ramsauer, Dr. Peter Schavan, Dr. Annette Schockenhoff, Dr. Andreas
SPD	Annen, Niels Bulmahn, Edelgard Erler, Dr. h.c. Gernot Finckh-Krämer, Dr. Ute Freitag, Dagmar Juratovic, Josip Kofler, Dr. Bärbel Nietan, Dietmar Post (Minden), Achim Steinbrück, Peer Thönnies, Franz	Arnold, Rainer Barnett, Doris Barthel, Klaus Bartke, Dr. Matthias Ernstberger, Petra Lischka, Burkhard Müntefering, Michelle Mützenich, Dr. Rolf Schmidt (Wetzlar), Dagmar Schmidt (Aachen), Ulla Wiese, Dirk
DIE LINKE.	Aken, Jan van Dagdelen, Sevim Gehrcke, Wolfgang Liebich, Stefan	Hänsel, Heike Hunko, Andrej Movassat, Niema Neu, Dr. Alexander S.
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Beck (Bremen), Marieluise Nouripour, Omid Schmidt, Dr. Frithjof Trittin, Jürgen	Brantner, Dr. Franziska Özdemir, Cem Roth (Augsburg), Claudia Ströbele, Hans-Christian

**Tagesordnungspunkt 1****ISAF-Einsatz - Lessons Learned**

**Der Vorsitzende:** Liebe Kolleginnen und Kollegen,  
sehr geehrte Sachverständige, meine sehr geehrte



## Nur zur dienstlichen Verwendung

Damen und Herren. Ich möchte Sie alle ganz herzlich begrüßen zu der 11. Sitzung des Auswärtigen Ausschusses. Es ist eine besondere Sitzung in vielerlei Hinsicht. Thematisch eine besonders wichtige Sitzung, aber auch in der Form eine besondere Sitzung. Ich möchte alle Kolleginnen und Kollegen begrüßen. Wir tagen in dieser Sitzung des Auswärtigen Ausschusses nicht nur mit den Mitgliedern des Ausschusses, sondern es sind auch die Abgeordneten eingeladen, die in Ausschüssen tätig sind, die typischerweise auch mit dem Thema Afghanistan beschäftigt waren und sind. Der Verteidigungsausschuss, der Innenausschuss, der Rechtsausschuss und Entwicklungshilfe und Menschenrechtsausschuss sind dazu geladen. Die Kolleginnen und Kollegen aus den Ausschüssen können Platz nehmen, wo sie möchten. Sie können hier im Rund Platz nehmen, aber wer das nicht möchte, kann natürlich seinen Platz dort nehmen, wo er das gerne möchte.

Wir tagen also nicht nur mit den Abgeordneten des Ausschusses. Ich muss am Anfang fragen, ob Sie damit einverstanden sind mit dem Vorschlag, dass selbstverständlich alle Kolleginnen und Kollegen dann auch das gleiche Fragerecht und Rederecht hier haben wie alle anderen Kollegen. Ich stelle dazu kein Widerspruch fest.

Wir tagen auch sonst nicht öffentlich. Heute tagen wir öffentlich und die Tatsache, dass so viele Zuhörerinnen und Zuhörer da sind, das freut alle Abgeordneten. Ich darf Sie als Zuhörerinnen und Zuhörer ganz besonders herzlich begrüßen. Wir freuen uns, dass die öffentliche Sitzung von der Öffentlichkeit wahrgenommen wird. Sie sind Vertreterinnen und Vertreter der Öffentlichkeit. Seien Sie herzlich Willkommen, vielen Dank dafür, dass Sie da sind.

Ich möchte ein paar Anmerkungen zum Ablauf machen und dann ganz wenig inhaltliche Anmerkungen dazu. Warum macht der Auswärtige Ausschuss diese Anhörung? Was bezwecken wir damit? Wie fügt es sich in die Bearbeitung des Parlamentes dieses Themas insgesamt ein?

Zunächst einige Anmerkungen zum Ablauf der Anhörung: Die Fraktionen haben einen Fragenkatalog für die Sachverständigen erarbeitet, der Ihnen vorliegt. Dazu ist unsere Bitte an die Sachverständigen, dass sie einleitend dazu Stellung nehmen. Unsere

Bitte ist, dass Sie ca. sieben bis acht Minuten sprechen - das ist ganz wenig im Verhältnis zu dem, was jeder Einzelne sagen könnte und auch am liebsten sagen würde. Trotzdem soll es ja ein dialogisches Prinzip sein. Wir haben dann die Frage- und Rederunde der Abgeordneten. Auch da haben wir hier auch immer eine Zeitbegrenzung von vier Minuten. Also, es soll auch durch Gegenrede und nicht so sehr durch Monologe geprägt sein, wie wir das Thema verabreden. Darum ist meine Bitte, für die Einleitung jeweils sieben bis acht Minuten, mal fünf und dann kommt die erste Diskussionsrunde.

Zum Zeitrahmen selber: Wir haben heute eine Sitzung des Auswärtigen Ausschusses bereits gehabt, auch zum Thema Ukraine natürlich. Wir werden im Anschluss an diese Sitzung eine weitere, also die dritte Sitzung für den heutigen Tag haben, mit dem Bundesaußenminister, der diskutieren und referieren wird über seine Teilnahme am NATO-Außenministertreffen. Darum ist unsere Absicht, dass wir so bis 16 Uhr tagen hier im Ausschuss. Auch das sind dann circa dreieinhalb Stunden. Wenig im Verhältnis zum Thema, aber es ist dann, glaube ich, auch ein Beitrag, der vielleicht im zeitlichen Maß vernünftig ist, um sich auch zu konzentrieren und effizient zu arbeiten.

Wie bereits gesagt und begrüßt: Die Sachverständigen sind ganz wichtig in unserer Anhörung. Ich möchte sie auch kurz namentlich begrüßen und vorstellen. Zu meiner Linken sitzt Herr Rechtsanwalt Otto Jäckel, daneben Herr Jan Köhler vom Osteuropa-Institut der Freien Universität Berlin. Thomas Ruttig ist da, er ist Co-Direktor des Afghanistan Analysts Network in Kabul. Daneben sitzt Herr Dr. Peter Scholl-Latour, und Frau Adrienne Woltersdorf ist hier, sie ist Leiterin des Büros der Friedrich-Ebert-Stiftung in Kabul. Seien Sie uns herzlich Willkommen. Vielen Dank, dass Sie bereit sind, hier zu sein.

Ich will den Betrieb jetzt nicht lange aufhalten, aber ich würde gerne auch für uns, auch für die Öffentlichkeit, ganz wenige Anmerkungen machen, die etwas aussagen darüber, was wir bezwecken, wie wir selber diese Anhörung verstehen. Ausgangspunkt ist selbstverständlich, dass das Jahr 2014 für Afghanistan ein Schlüsseljahr definitiv sein wird. Der Afghanistan-ISAF-Einsatz wird dann 12 Jahre gedauert haben und der wird in diesem Jahr sein Ende finden. Es ist der intensivste, der längste und der



## Nur zur dienstlichen Verwendung

schwierigste Einsatz, den es je gegeben hat. Er hat Menschenleben gekostet und er hat, was viel unbedeutender ist, sehr viel Geld gekostet. Afghanistan als Herausforderung, als Thema wird aber nicht mit dem Ende des ISAF-Einsatzes beendet sein. Afghanistan wird, das scheint mir sicher zu sein, weiterhin der politischen Unterstützung der internationalen Gemeinschaft bedürfen. Afghanistan ist stabiler geworden, aber nicht stabil geworden, und zählt sicherlich auch immer noch zu den ärmsten Ländern der Welt. Und darum wird einer der ganz entscheidenden Fragen für die Zukunft sein: Welche Lehren ziehen wir aus den vergangenen 12 Jahren, als Grundlage der Gestaltung, der Unterstützung in der Zukunft?

Wir machen diese Anhörung hier auch, um Rechenschaft abzulegen. Vielleicht sogar ganz wesentlich, um Rechenschaft abzulegen über diesen Einsatz uns selber gegenüber: Das Parlament hat das Mandat hierzu erteilt. Aber auch der Öffentlichkeit gegenüber, um zu seinem Zwischenstand zu kommen. Das kann ja kein Endstand sein, den wir hier erzielen, auch der definitive Erfolg wird nicht mit dem Ende des Jahres 2014 zu bemessen sein, denn die Stabilisierung im Sinne der Befähigung zur Eigenständigkeit in Afghanistan wird man erst in Jahren bemessen können. Darum ist das ein Zwischenstand, den wir aufnehmen. Den müssen wir aber aufnehmen, um auch realistisch Erfolge und Misserfolge zu bewerten, dafür eine tatsächliche Grundlage zu erstellen und auch Schlussfolgerungen zu ziehen. Die Beschäftigung mit Afghanistan ist permanent im Deutschen Bundestag seit 2002 mit unterschiedlichsten Beteiligten, mit unterschiedlichsten Gesprächspartnern und den unterschiedlichsten Gremien des Bundestages im Plenum, aber natürlich auch in den Ausschüssen. Die Diskussion heute und die Bewertung kann sich, soll sich und wird sich nicht auf das Militärische reduzieren. Schon weil das nicht dem Afghanistan-Einsatz gerecht würde, dessen Zielbestimmung ja nicht militärisch alleine war, sondern der eine im Kern politische Zielbestimmung hatte. Aber auch deshalb nicht, weil sich natürlich die Erfahrungen dieses Einsatzes auch einfügen müssen in die Diskussion über das außenpolitische Engagements Deutschland. Diese Diskussion findet statt, ich begrüße sehr, dass sie stattfindet. Sie ist initiiert worden jedenfalls auch durch den Bundespräsidenten und Bundesaußen-

minister. Und die Erfahrung, die wir gemacht haben, muss in diese Debatte einfließen. Auch das zeigt für mich, dass es nicht nur im Wesentlichen um eine militärische Debatte geht, sondern wie die aktuelle Ukraine-Krise zeigt, geht es um die Relevanz und um den Vorrang von Diplomatie, von Politik, von wirtschaftlicher Kooperation, von zivilgesellschaftlichem Austausch und Krisenprävention. Um dieses ganze Panorama politischer Möglichkeiten geht es.

Als Ultimatum kann es dann auch zu militärischen Einsätzen kommen, keine Frage. Es sind zehn Mandate, die der Bundestag bislang erteilt hat und in dieser Woche werden wir ein weiteres Mandat im Zusammenhang mit dem Einsatz der Bundeswehr diskutieren, über den Einsatz in Somalia - und übrigens dann auch noch in den nächsten Wochen hinzukommend die Begleitung der Vernichtung von syrischen Chemiewaffen. Jeder dieser militärischen Einsätze ist ein Einzelfall und muss als Einzelfall bewertet und entschieden werden. Immer gehört dazu eine starke Parlamentsbeteiligung. Wir richten im Parlament eine Kommission ein, die die Parlamentsbeteiligung evaluiert. Aber der Konsens des Hauses ist es, dass wir eine Parlamentsbeteiligung als konstitutiven Bestandteil militärischer Einsätze sehen. Das steht nicht zur Disposition. Aber auch hier ist eine Evaluation möglich und notwendig und sie wird vorgenommen werden. Ich sehe in der Parlamentsbeteiligung keine strukturelle Schwäche, sondern eine Stärke Deutschlands.

Mein letzter Punkt warum diese Anhörung stattfindet: Es kann kein Zweifel daran bestehen - und wir nehmen es ja jetzt in besondere Weise wahr -, dass die Außenpolitik vielmehr auch Gegenstand innenpolitischer Diskussionen wird, als das in der Vergangenheit der Fall war. Das ist eben die Globalisierung, das ist die Entgrenzung um die Konflikte in der Welt. Wir wollen und können uns nicht durch künstliche Grenzen vor ihnen schützen, sondern wir wollen sie gestalten, wir wollen einen verantwortlichen Beitrag leisten.

Wenn das so ist, stehen aber die Politik, das Parlament und die Regierung in einer ganz anderen Bringschuld, was die Erklärung außenpolitischen Engagements anbelangt. Ich sehe darin - habe das auch zu Beginn der Übernahme dieses Vorsitzes gesagt - einen wesentlichen besonderen Beitrag des



## Nur zur dienstlichen Verwendung

Bundestages, dass wir in der Öffentlichkeit die Notwendigkeit und den Sinn außenpolitischen Engagements unseren Landes erklären, darüber informieren und auch diskutieren und nicht gewissermaßen immer unvorbereitet im Krisenfall mit irgendwelchen reaktiven Maßnahmen auf die Menschen hinzutreten. Das alles beschreibt Elemente der Gründe, warum wir zu dieser Anhörung einladen. Sie ist ein Zwischenstand. Wenn wir gegen Ende des Jahres erkennen können, wie die internationale Unterstützung ausgeht, spricht einiges dafür – ich will es jetzt nur einmal andeuten – dass es eine zweite Anhörung geben muss. Diese ist vielleicht etwas stärker retrospektiv - was sind die Erfahrungen? Die andere Anhörung müsste dann Ende des Jahres perspektivisch sein - wie soll es in Zukunft aussehen?

Nun aber genug mit der Einleitung, ich wollte sie aber auch gerne vortragen, um ein Verständnis für das zu schaffen und darzulegen, was wir mit dieser Anhörung bezwecken. Wir kommen jetzt zum ersten Teil. Das sind die Stellungnahmen der Sachverständigen und bevor Sie nun, Herr Jäckel, starten sollten, möchte ich noch gerne den Wehrbeauftragten herzlich willkommen heißen. Das finde ich ein gutes und ein wichtiges Zeichen auch von Ihrer Seite, dass Sie an dieser Anhörung des Parlaments als der Wehrbeauftragte des Bundestages teilnehmen. Herzlich Willkommen; so dass ich nun, Herr Jäckel, Ihnen das Wort geben möchte und Sie um Ihre einleitende Stellungnahme bitten möchte. Bitte sehr.

**Otto Jäckel:** Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren. Ich muss zunächst um Verständnis dafür bitten, dass ich angesichts der doch sehr straffen Redezeitbeschränkung jetzt hier den Versuch machen muss, etwas durch mein Manuskript zu springen. Ich beginne wie folgt: Afghanistan lebt nun schon 35 Jahre in Krieg. Und mir ist nicht ganz klar, wie man ernsthaft die Hoffnung haben kann, dass sich unter den Bedingungen des Krieges eine florierende Wirtschaft, eine lebendige Demokratie, eine demokratische Kontrolle der Exekutive, die keine Korruption zulässt, ein entwickeltes Bildungswesen, die Sicherung der Rechte von Frauen und Mädchen und eine funktionierende soziale Sicherung und Gesundheitsversorgung entwickeln kann. Entwicklung braucht Frieden - und das ist es, was alle Menschen, mit denen ich in Afghanistan gesprochen habe, wollen. Sie haben die Nase voll vom Krieg. Ich

halte unter den gegebenen Umständen die Strategie der **Transition**, der Übernahmen, der Sicherheitsverantwortung durch die afghanischen Sicherheitskräfte und eine verstärkte Übernahme der Verantwortung für die Leitung der Entwicklungs- und Infrastrukturprojekte durch die afghanische Verwaltung prinzipiell für einen richtigen Weg. Diese Strategie bildet die Voraussetzung für einen völligen Abzug ausländischer Truppen und die Wiedererlangung der staatlichen Souveränität Afghanistans. Allerdings leidet das afghanische Regierungssystem ebenso wie die afghanischen Sicherheitskräfte unter so schweren strukturellen Mängeln, dass ein schlichtes „Weiter so“ nicht zu einer Aussöhnung und Befriedung der afghanischen Gesellschaft führen wird. Wenn also die Frage nach den messbaren Ergebnissen des zwölfjährigen Stabilisierungseinsatzes von ISAF gestellt wird, der mit Ablauf dieses Jahres zu Ende geht, ist zunächst die Vorfrage zu klären, welches Regime durch ISAF stabilisiert worden ist. Das **Karzai**-Regime verfügte nie über eine demokratische Legitimation und steht als Synonym für Korruption, persönlicher Bereicherung und Ineffektivität. **Karzai** ist nie von legitimierten Vertretern des afghanischen Volkes oder bei allgemeinen Wahlen gewählt worden. Bei den vergangenen Wahlen 2009 fand die Wahlbeschwerdekommision der Vereinten Nationen heraus, dass 1,3 Mio. durch Betrug zustande gekommen und etwa eine Million davon für Karzai gebucht worden waren. Ich war daher von einem Gespräch mit dem deutschen Botschafter, Herr König, in Kabul im vergangenen Mai beeindruckt, von der Fantasie, mit der diplomatische Sprachregelungen gefunden werden. Er sagte, immerhin habe Karzai ja zwei Präsidentschaftswahlen überstanden. Ich teile im Übrigen voll und ganz die Analyse von Thomas Ruttig, die er 2008 in seiner Studie für die Stiftung Wissenschaft und Politik unter dem Titel „Afghanistan – Institutionen ohne Demokratie“ erarbeitet hat. Bei der Umsetzung der Bonner Vereinbarungen hat die internationale Gemeinschaft schwere Fehler gemacht, die sich demokratiehemmend ausgewirkt haben. Anstatt die **Warlords** zu entwaffnen und eine allgemeine Wehrpflicht einzuführen, wurde zugelassen, dass die konservativ-religiösen Dschihadi-Führer vornehmlich der Nordallianz ihre Milizen als eigene Machtbasis beibehielten und in wichtige Regierungsämter kamen. Die strukturellen Fehler beim Staatsaufbau durch Übergabe der wichtigsten Ämter an die kon-



## Nur zur dienstlichen Verwendung

servativ-religiösen Dschihadi-Führer, die gescheiterte Demokratisierung des Landes, die Überzentralisierung des staatlichen Systems durch Monopolisierung aller politischen Entscheidungen im Büro des Staatspräsidenten, die Lähmung der subnationalen Ebene durch fehlende Budgetrechte auf regionaler- und kommunaler Ebene sowie die Marginalisierung des Parlaments und die Rolle der politischen Parteien und schließlich die Besetzung von 90 Prozent der Führungspositionen in Armee und Polizei durch Dschihadi-Führer dienen dem Machterhalt der Oligarchie und schließen die Masse der Bevölkerung von der Teilhabe an politischen Entscheidungen aus. Armee und Polizei werden so als einseitige Interessenvertretung der nationalen Front der ehemaligen Nordallianz begriffen. Der militärische Stabilisierungsauftrag von ISAF konnte somit keinen Erfolg haben, weil er die Macht einer korrupten Oligarchie in Kabul schützt, die von der Mehrheit der Afghanen abgelehnt wird.

Was die Sicherheitslage angeht, sprechen die Berichte des Generalsekretärs der Vereinten Nationen an den Sicherheitsrat vom 17. Dezember 2013 über die Lage in Afghanistan, der UNAMA-Jahresbericht Afghanistan 2013 vom Februar 2014 und auch der Fortschrittsbericht der Bundesregierung eine **bedeuterliche** Sprache. Anstieg der Opferzahlen von 2009 bis 2013, was zivile Opfer angeht. Das vergangene Jahr hat sich mit einer Steigerung von 14 Prozent als das bisher gewalt- und opferreichste Jahr des Krieges erwiesen. 2.959 getötete und 5.656 verwundete Zivilisten, darunter 235 getötete und 511 verwundete Frauen und 561 getötete und 1195 verletzte Kinder sind der furchtbarere Blutzoll. Bei den Opfern unter Frauen bedeutet dies eine Steigerung um 36 Prozent gegenüber dem Vorjahr; bei Kindern eine Steigerung um 34 Prozent. Zudem weist der Fortschrittsbericht Afghanistan der Bundesregierung mit 4.600 Gefallenen eine Verdopplung der Verluste bei den afghanischen Sicherheitskräften auf. Der von Präsident Obama angeordnete „**Search**“, die vorübergehende Aufstockung von Truppen, hat sich somit als vollständig nutzlos erwiesen, als militärischer Fehlschlag. Die Aufständischen können militärisch nicht besiegt werden. Im Gegenteil - die Anwesenheit ausländischer Truppen ist neben der korrupten und ineffektiven Regierung ein weiterer Grund dafür, dass der Strom der Kämpfer, die sich dem Aufstand schließen, offenbar zunimmt.

Auch die wirtschaftliche Lage in Afghanistan ist prekär. Von dem Aufschwung der frühen **2000er Jahre** ist kaum mehr etwas zu spüren. Fast alle zivilen Bauprojekte stehen still: große Straßenbauprojekte für die Straße in Richtung China und die Straße nach Bamyian stehen still. Was die Gesundheitsversorgung angeht, muss man in die ernstesten und abgearbeiteten Gesichter der Ärzte vom Vorstand der Nationalen Ärztereinigung sehen, mit denen wir im vergangenen Jahr in Kabul gesprochen haben, um die Not zu verstehen, die dort herrscht. Sie beschreiben ein totales Missmanagement und die Unfähigkeit der Regierung, die Gesundheitsversorgung der Bevölkerung landesweit zu gewährleisten. Durch die kriegsbedingte Emigration fehlt es überall an Ärzten und medizinischen Personal. 73 Prozent der Reisenden von Afghanistan nach Indien und Pakistan fahren dorthin, um sich ärztlich behandeln zu lassen. Diese geben für die Reise und Behandlung zwischen 5.000 und 20.000 Dollar aus, wodurch dem afghanischen Gesundheitswesen jährlich ein Betrag von 30 Mio. US-Dollar verloren geht. Die Lage der Frauen und Mädchen ist zwar durch eine gewachsene Teilhabe im Bereich der schulischen und universitären Ausbildung verbessert, jedoch immer noch von vielfältiger sexueller Gewalt geprägt. Die Leiterinnen von medica mondiale in Afghanistan berichteten uns von einer Vielzahl von Frauen, die, wenn sie eine Vergewaltigung anzeigen, anschließend wegen Ehebruchs strafrechtlich verurteilt werden und dann im Gefängnis wiederum sexueller Belästigung ausgesetzt sind.

Die Anbauflächen für Schlafmohn waren nach dem Bericht des Büros der Vereinten Nationen für Drogen und Verbrechensbekämpfung mit 2.009 Hektar 2013 so groß wie nie zuvor. Weder ISAF noch die afghanische Regierung machen etwas dagegen; sie sind Teil des Problems. Wenn schließlich der Präsident persönlich den Leiter der Antikorruptionsbehörde benennt, der ja die Korruption in der alle Entscheidungen treffenden Verwaltung des Präsidenten aufklären müsste, kann auf dem Gebiet der Korruptionsbekämpfung kein substantieller Fortschritt erwartet werden. Der Ansatz der vernetzten Sicherheit ist in Afghanistan aus meiner Sicht misslungen. Die großen Hoffnungen, die in die deutsche Beteiligung gesetzt worden sind, sind inzwischen tief enttäuscht.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Der Vorsitzende:** Besten Dank. Nunmehr hat Herr Köhler das Wort.

**Jan Köhler:** Vielen Dank. Zunächst vielen Dank für die Einladung und vielen Dank dafür, dass sich die Abgeordnete des Ausschusses für die Ergebnisse unserer Forschung interessieren. Unsere Forschung, das meint den SSB 700 - ich bin nicht mehr aus dem Europainstitut, das ist ein Google Problem, da findet man mich noch. Das SSB 700 und ein Forscherteam, das sich seit 2003 mit hauptsächlich Nordostafghanistan auseinandersetzt und dort systematische Langzeitwirkungsbeobachtungen durchführt. Meine Kommentare werden sich vor allen Dingen auf unsere empirische Arbeit in dieser Region, die für Deutschland wichtig ist, beziehen, die aber nicht repräsentativ für das ganze Land ist. Bevor ich loslege mit einigen stichpunktartigen Bemerkungen zu der Rolle und dem Fazit, was man zu ISAF ziehen kann, drei Zitate, die das Spektrum des Meinungsbildes, welches wir in unserer Region vorfinden, meiner Meinung nach ganz gut abbilden. Diese Interviews sind von uns 2012 geführt worden.

Zunächst möchte ich einen Oberschullehrer aus, 34 Jahre alt, zu Wort kommen lassen. **Germ** ist eine Hochgebirgsregion im Badakhshan. „Es ist besser, wenn die fremden Gruppen abziehen. Wenn sie weg sind, werden die Taliban an den Verhandlungstisch kommen und Frieden schließen. Fremde Truppen sind ein Hauptverursacher von Unsicherheit und Unfrieden.“

Eine etwas andere Position hat ein Ältestenrat-Mitglied aus Khanabad. Khanabad ist ein Distrikt in Kunduz, welcher nicht zur Ruhe gekommen ist. In den letzten Jahren haben die Milizen sehr stark miteinander gewaltsam konkurriert. Er ist 54 Jahre alt und sagt: „Wenn es beim Abzug so sein wird wie jetzt, dann wird die lokale Bevölkerung sich den Taliban zuwenden. Es regieren Willkür und Unrecht. Niemand wird zur Verantwortung gezogen. Die Menschen kehren in Scharen dem Staat den Rücken. So wird es wieder Bürgerkrieg und Kommandeursherrschaft geben.“

Eine ganz andere Meinung vertritt aus dem Nachbardistrikt der Mullah, Jurist und Universitätsdozent in Taloqan, den wir interviewt haben und der sagt: „Afghanistan entwickelt sich mit jedem Jahr.

Krieg und Gewalt werden der Vergangenheit angehören. Die früheren Regierungen haben die Menschen unterdrückt, jetzt haben wir Demokratie. Die Menschen sagen ohne Furcht, was sie denken. Sie wählen, wir wählen unseren Präsidenten. Die Menschen kooperieren, um ihre Dörfer zu entwickeln. Wir hatten keine ordentliche Polizei, jetzt haben wir Polizei und Armee. Ich schaue mit Hoffnung in die Zukunft.“

Das ist das Spektrum, das wir vorfinden. Aufgrund unserer Beobachtungen ist erst mal zu sagen, ja, manches wurde in den letzten Jahren erreicht in Sachen Entwicklung und Sicherheit in Afghanistan. Also hier unterscheiden sich unsere Ergebnisse auch sehr deutlich von den allgemeinen Aussagen dazu, dass Afghanistan den Bach runtergegangen ist in den letzten Jahren. Das bezieht sich eben auf die Region, die wir untersuchen. Basisleistungen wie Grundbildung und Zugang zu medizinischer Versorgung, sauberes Trinkwasser, Elektrizität, Straßen- und Brückenbau, haben Afghanistan in den letzten 12 Jahren verändert. Und ich habe Ihnen dazu auch einige konkrete Zahlenangaben für unsere Region in die Handouts gelegt. Der Staat ist in unserem Untersuchungsraum im Norden bis in die Distrikte hinein sichtbar geworden. Er wird zunehmend als Entwicklungsakteur und Governmentsakteur auch akzeptiert. Lokal angepasste neue Formen der zivilgesellschaftlichen Selbstorganisation über Entwicklungsräte und in einigen Provinzen vielfältige Medienlandschaft stellen eine sinnvolle und kritische Verbindung zwischen Staat und Lokalgesellschaft her. Die Sicherheitslage im Norden hat sich nach der dramatischen Verschlechterung von 2009 auf 2011 nach der Übernahme der Sicherheitsverantwortung von afghanischen Kräften stabilisiert. Hier sind die Zahlen für den Norden ganz andere als die Zahlen für andere Landesteile. Entscheiden aber für eine Beurteilung des Strategiewechsels, und das war ja eine Frage, wird nicht das jetzt Erreichte sein, sondern entscheidend wird sein, ob das Erreichte mittelfristig bewahrt und langfristig weiter entwickelt werden kann. Die Planungen für die Transformationsdekade, die ansteht, müssen sich für diesen Hintergrund auf eine Reihe unterschiedlicher Szenarien einstellen, die zunächst einmal alle, zumindest die realistischen, davon ausgehen, dass der Erhalt von Erreichtem durch Entwicklungszusammenarbeit kurzfristig schon ein



## Nur zur dienstlichen Verwendung

größer Erfolg wäre. Das ist wichtig für die Indikatoren, die jetzt definiert werden für das, was später einmal „Erfolg“ definieren soll.

Zur Akzeptanz von ISAF: Es ist deutlich in unseren Untersuchungen zu sehen, dass der Aufwuchs der amerikanischen Truppen auch im Norden - und das was die Amerikaner [.....] nennen mit einem sehr starken Akzent auf „Winning the hearts and minds“, auf Akzeptanzstrategien nicht funktioniert hat. Im Gegenteil, Angst und Wertebedrohung in Bezug auf ISAF sind drastisch angestiegen und die zugeschriebene Sicherheitswirkung, und das ist ja entscheidend, ist eingebrochen und hat sich auch trotz der Verbesserung der Sicherheitslage nicht wieder erholt. Die Transition der Sicherheitsverantwortung an afghanischen Kräften trifft auf große Akzeptanz unter den von uns befragten Afghanen. Im Unterschied zu ISAF, den Taliban oder den bewaffneten Milizen sind die Angstwerte im Hinblick auf die afghanischen Sicherheitskräfte konstant gering. Die zugeschriebene Sicherheitswirkung ist positiv. In der Frage allerdings, ob den afghanischen Sicherheitskräften auch zugetraut wird, aus eigener Kraft für Stabilität und Frieden nach Abzug der ISAF zu sorgen, gehen die Meinung der Befragten weit auseinander. Das ist ja eine andere Frage, als zu sagen, grundsätzlich sind die aber gut für Sicherheit, und wir wollen mehr uniformierte eigene Kräfte haben. Die Mehrheit ist der Ansicht, dass eine Kombination aus afghanischen Sicherheitskräften, also offiziellen afghanischen Sicherheitskräften, lokaler Selbsthilfe und lokaler Milizen für Sicherheit sorgen wird. Mehr als 30 Prozent erwarten allerdings einen neuen Bürgerkrieg und fast 40 Prozent in unserer Untersuchungsregion sind der Ansicht, dass ISAF länger bleiben sollte, trotz des wenig zugetrauten Sicherheitseffekts, um die afghanischen Kräfte zu unterstützen und aufzubauen. 20 Prozent halten die Taliban für geeignet, lokale Sicherheit herzustellen in den Distrikten. Also keine eindeutigen Informationen, die ich hier mit Ihnen teilen kann.

Die Wiederkehr des Kommandeurs- und Milizensystems, das wir beobachten und das mit der Transition zusammenhängt, nämlich mit der Milizgründung und der Wiederaufwertung von Milizen, war auf dem absteigenden Ast in unseren Untersuchungen bis 2007. Also diese Wiederkehr des Kommandeurssystems ging ganz klar auf Kosten mancher

[.....]. Hier ist Erreichtes schon jetzt durch die Sicherheitsstrategie und den Vorzug, der der Sicherheitsstrategie gegeben wurde, in der Transitionsperiode unter Stress geraten. Also einige wichtige [.....], da können wir auch gerne in der Diskussion drauf eingehen, sind jetzt schon dadurch negativ beeinflusst. Entstanden sind relative fluide [.....] Findet in Afghanistan lokal sehr unterschiedlich statt und das ist auch nichts Neues. Die einmal festgestellten Muster können sich schnell ändern, wenn zum Beispiel ein wichtiger Patron stirbt oder ein kompetenter Distriktmanager - und die gibt es - von einem korrupten Funktionsträger ersetzt wird. Die Rolle und Relevanz des Staates unterscheiden sich dabei. Im Nordosten finden wir nach 2011 nur noch wenige Zonen, in denen Aufständische den Staat ganz vertrieben haben und alleine regieren. Wir finden aber auch nur noch wenige Zonen, in denen der Staat wirklich autonom regiert und nicht abhängig ist lokal von gewaltfähigen Akteuren. Das ist eine besorgniserregende Beobachtung.

Also zum Schluss möchte ich festhalten für die Diskussion, dass das Verhalten relativ positiver - gerade in Abgrenzung zu meinem Vorredner - Bilanz im Hinblick auf Sicherheit und Entwicklung im Norden, wie mir mitgeteilt wurde, nicht gesichert ist. Die weitere Entwicklung hängt ab von Durchführung und Ausgang der Wahlen 2014/2015. Und das sehe ich nicht so chancenlos, dass dadurch nicht tatsächlich mehr Legitimation erwirtschaftet wird. Ich möchte dazu einmal ganz deutlich sagen, dass über die Legitimation der afghanischen Regierung nicht wir hier an diesem Tisch entscheiden sondern die Afghanen selbst. Wir versuchen das zu erfassen. Und die ersten Wahlen, die stattgefunden haben in Afghanistan, so schwierig sie in Sachen Organisation auch waren, sind von den Afghanen sehr enthusiastisch angenommen worden. Und ob wir diese Wahl, die jetzt zu einem Regierungswechsel führen wird, jetzt schon abschreiben und sagen, dass es nur zu größerer Delegitimierung führen kann, halte ich für brandgefährlich und auch nicht für richtig und fair. Also davon hängt aber ganz viel ab: Es kann schiefgehen und es kann dramatisch schiefgehen. Ich halte es für gefährlich, dass man jetzt diese Chance auf eine legitimere Ordnung, die nach den Wahlen, nach einem echten Regierungswechsel, entstehen und von den Afghanen angenommen werden und zu Stabilisierung führen kann, jetzt schon abzuschreiben und zu sagen, weil



## Nur zur dienstlichen Verwendung

das System vorher so korrupt vorher war, gibt es keine Chance darauf, dass hier sich etwas zum Besseren wendet. Vielleicht ist der Begriff „brandgefährlich“ reißerisch, dann nehme ich ihn gerne zurück.

Die Wahlen werden entscheidend sein, also sowohl die Präsidentschaftswahlen 2014 als auch die Wahlen zum Parlament und zu den Provinzräten 2015. Ganz wichtig wird die Frage nach den Wahlen sein, ob ein stabile Machtbalance im Nachgang zu den Präsidentschaftswahlen entstehen wird. Diese Aushandlungsprozesse werden stattfinden, unabhängig davon, welches Team gewinnen wird. Die Bereitschaft und innenpolitische Durchsetzungsfähigkeit westlicher Regierungen, diese entstehende Machtbalance auch dann zu finanzieren, wenn sie von [...] Konditionen oder anderen internationalen Vereinbarungen unter Umständen abweichen wird - und letzter Punkt -, wird abhängen vom politischen Willen und den Fähigkeiten der Nachbarstaaten, vor allen Dingen Iran, Pakistan und Indien, inkompatible Interessen nach Abzug der ISAF nicht noch aktiver in Afghanistan gegeneinander zu verfolgen.

**Der Vorsitzende:** Vielen Dank. Nunmehr hat Herr Ruttig das Wort.

**Thomas Ruttig:** Guten Tag, ich möchte mich auch sehr herzlich für diese Möglichkeit bedanken, hier Stellung zu nehmen. Ich werde mich etwas weniger auf die Einschätzung der Situation fokussieren, sondern etwas mehr auf Lessons learned. Ich möchte aber auch vorausschicken, aus welcher Position ich das sage: Ich beschäftige mich mit Afghanistan seit 35 Jahren, ich habe Afghanistik studiert und habe 10 Jahre in diesem Land gelebt. Ich spreche die beiden Hauptsprachen, habe für die UNO gearbeitet nach 2001 als stellvertretender EU-Sondergesandter und an der Deutschen Botschaft. Also ich kenne Afghanistan ohne Dolmetscher und gepanzerte Fahrzeuge, zu großen Teilen jedenfalls.

Denn in diesen sieben Minuten kann man natürlich nur holzschnittartig vortragen, selbst was zu lernende oder erstmal zu identifizierende Lektionen betrifft. Und die schriftlichen Stellungnahmen sind ja allen zugänglich. Die Intervention war aus meiner Sicht eine sehr große Chance, weil sie von der Mehr-

heit der Afghanen unterstützt worden ist am Anfang. Heute, nach mehr als 12 Jahren, muss man sagen, dass trotz einiger Fortschritte, die auch genannt worden sind, diese Chance aber insgesamt aus meiner Sicht vergeben worden ist. Und auch aus der Sicht vieler Afghanen, denn das Bild ist im Land sehr, sehr unterschiedlich und ist möglicherweise positiver im Nordosten als in vielen anderen Gegenden. Der Krieg in Afghanistan dauert an, bei steigenden zivilen Opfern und Folgekosten, auch in Deutschland, aber vor allem eben in Afghanistan, und hat zu einer Abwendung großer Teile der Bevölkerung von einer „Mission“ geführt, die sie am Anfang unterstützt haben. Und das hat damit zu tun, dass am Anfang der internationalen Intervention in den ersten Jahren nach 2001, nach dem Sturz des Taliban-Regimes, politische Weichenstellungen getroffen worden sind, die in eine falsche Richtung wiesen und die nicht unter sehr starker Anteilnahme von Afghanen getroffen worden sind. Ich möchte als Beispiel nur die Entscheidung für das Präsidialsystem, also ohne Ministerpräsidenten, damit ohne Ausgleich zwischen zwei relativ starken Positionen, nennen; und die einseitige Abschaffung der Wehrpflicht in Afghanistan in einer Situation, da die afghanische Bevölkerung gerade ihre Streitkräfte als so eine Art Nationenbildungsinstitution sieht. In den Jahren nach 2005 mit zunehmender und dann wirklich starker Eskalation des Konflikts sind die Fortschritte dann wirklich langsamer geworden und stehen jetzt in Frage.

Als Gesamteinschätzung würde ich sagen, in Afghanistan geht es aber nicht so sehr um einen „failed State“ oder um einen „failing State“, einen gescheiterten Staat, sondern als Reaktion auf diese internationale Intervention um „failed aid“, aber „aid“ eben nicht als Entwicklungshilfe oder so gesehen. Afghanistan war unter den Taliban ein gescheiterter Staat, und wenn die Wahlen und der Kampftruppenabzug 2014 nicht gut laufen, könnte als eines mehrerer möglicher Szenarien wieder eine Entwicklung Richtung „failing State“ einsetzen. Vor allen Dingen, wenn es keine durchgreifenden Reformen im staatlichen System gibt und in der Administration, und wenn nicht endlich die Korruption bekämpft wird und auch wenn die Hilfe, die zugesagt worden ist von der internationalen Gemeinschaft auf zahlreichen Konferenzen, nicht fließt. Afghanistan hat jetzt schon mit diesen Zusagen eine 20%-ige Budgetlücke für nach 2014 laut Weltbank, der US-



## Nur zur dienstlichen Verwendung

Kongress droht mit einer weiteren Mittelkürzung und die Amerikaner sind die größten Downers, wenn Karzai oder sein Nachfolger das bilaterale strategische Abkommen nicht unterschreiben. Das bringt Afghanistan ökonomisch ins Wanken. Die Fragen nach den Lehren, die man aus der Afghanistanintervention ziehen soll, zielen auf zwei Dinge. Einmal: Was kann man nach 2014 in Afghanistan noch tun und was kann man daraus für künftige Interventionen in ähnlich gelagerten Krisensituationen lernen? Ich möchte hier vorausschicken wiederum: Afghanistan ist kein Modellfall. Man soll vorsichtig sein mit Lektionen, automatisch oder Erkenntnisse, die man meint zu haben, automatisch auf andere Konflikte zu übertragen. Nicht alle Mittel und Instrumente sind übertragbar. Ich möchte nur auf den immer wieder gebrachten Vergleich zwischen Irak und Afghanistan hinweisen. Die Amerikaner haben ja viele Mittel, die sie zur Stabilisierung - sie denken immer noch, Irak wäre eine Erfolgsgeschichte -, nach Afghanistan gebracht haben und die sind dort zum Teil eben auch schief gegangen.

Ich sage jetzt nichts zur Sicherheitssituation. Ich glaube aber, dass es einen Trend insgesamt in Afghanistan zum Negativen gegeben hat. Aber natürlich ist es regional sehr, sehr unterschiedlich, von Distrikt zu Distrikt. Was den Bereich Entwicklung/Wiederaufbau betrifft: Ja, Afghanistan hat hohe wirtschaftliche Wachstumsraten zu verzeichnen gehabt, aber es hat nicht zu einer Verbesserung der Lebenssituation einer Bevölkerungsmehrheit geführt. Vor allen Dingen nicht in den ländlichen Gebieten, an den Rändern der Städte, wo slumartige Siedlungen wuchern, und in den Lagern der „internally displaced“, der Inlandvertriebenen, deren Zahl gerade in den letzten Jahren in Folge des amerikanischen und auch ISAF-Searches deutlich zugenommen hat. Und das Wirtschaftswachstum ist auch nicht nachhaltig. Das steht selbst im Fortschrittsbericht der Bundesregierung, weil es immer noch von außen stimuliert wird; 80 bis 90 % aller Mittel, die Afghanistan ausgeben muss, stammen nicht aus Afghanistan. In der Gesellschaft gibt es die Wiederaufbau-Gewinnler, eine dünne Schicht, die sozusagen auf der Suppe schwimmt, die von diesen Milliarden-Kontrakten profitiert haben und sich im Grunde davon Immobilien in Dubai zugelegt haben. Es gibt eine zunehmend gebildete Mittelklasse mit Einkommen Unternehmen und Jobs, die jetzt aber

nach dem Abzug der ISAF-Kampftruppen, von denen ja ein Großteil der afghanischen Wirtschaft, Contracting, Baugewerbe usw. abhing, Gefahr laufen, diese Jobs und damit Einkommen zu verlieren und wieder abzusinken. Afghanistan - ist auch schon gesagt worden von Herrn Röttgen - ist immer noch eines der ärmsten Länder, trotz Investitionen, die im dreistelligen Milliarden-Bereich US-Dollar liegen. 34 Prozent der Bevölkerung leben noch in Armut, nach afghanischen offiziellen Angaben, und die beziehen sich auf den Zeitraum von 2010 bis 2012. Es gibt noch keine neueren Erkenntnisse; und die afghanische Regierung sagt, in dieser Zeit hat die Armut in Afghanistan nicht abgenommen.

Über 50 Prozent aller Kinder sind unter- oder mangelernährt. Die schlechte Sicherheitslage, regional unterschiedlich, führt dazu, dass der Zugang vieler Afghaninnen vor allem zu Einrichtungen im sozialen Bereich (Bildung, Gesundheit) nicht mehr gegeben ist, weil sie sich einfach fürchten, dort hinzugehen. Lehrer und Krankenschwestern und Ärzte wollen auch nicht in den Gebieten arbeiten, wo sie ständig Gefahr laufen, zwischen die Fronten zu geraten. Was von diesem Einsatz bleibt, sind Freiheitserfahrungen. Das ist ganz wichtig, was in den Köpfen passiert. Bildungsfortschritte - aber auch da gibt es wieder ein Aber, denn gute Bildung finden Afghanen immer noch heute vor allen Dingen entweder im Ausland oder für sehr viel Geld in privaten Universitäten. Das ist auch eine Missentwicklung.

Dritter Punkt: Politische Institutionen. Für mich der größte Misserfolg der Intervention ist das Scheitern, das Land in Richtung Demokratie aufs Gleis gesetzt zu haben. Abgesehen von ein paar - ich übertreibe jetzt -, Fassaden. Gucken Sie sich jetzt die Wahlen an, die Liste der Präsidentschaftskandidaten und Vizepräsidentenkandidaten wird von allen möglichen Warlords dominiert, die immer noch bis an die Zähne bewaffnet und auch finanziert sind. Gegen die kann man sich demokratisch nicht durchsetzen. Es gibt schwache parteiische und intransparente Wahlinstitutionen, die im Grunde vom Präsidenten dominiert werden. Ich habe heute Morgen gerade von meinen Kabuler Kollegen eine Analyse der 15 Leute in der Wahlkommission noch mal bekommen. Da sind nur Leute drin, die vom Präsidentenpalast gesteuert werden. Wie da halbwegs faire Wahlen stattfinden sollen, ist mir wirklich fraglich. Das derzeitige politische System ist pluralistisch, aber nicht



## Nur zur dienstlichen Verwendung

demokratisch. Es wird letztendlich beherrscht von einer Koalition aus Neo-Oligarchen und Warlords. Und die Leute, die demokratisch gedacht haben, haben sich eher dem Benehmen der Warlords angepasst. Sie stellen sich selbst über das Gesetz. Ich will nur darauf hinweisen, dass die sich ja auch im Parlament - die Warlords usw. -, selbst amnestiert haben.

Zu den Lehren ganz kurz: Erstens, wir brauchen Realismus statt Zweckoptimismus, wenn wir uns Afghanistan ansehen, wenn wir nach 2014 wirklich noch was erreichen wollen. Fortschritt muss nicht nur quantitativ, sondern qualitativ gemessen werden. Zum Beispiel Aufbau der Sicherheitskräfte und Bildungssektor. Ich will nur sagen, wenn immer wieder wiederholt wird, acht Millionen Kinder oder jetzt Karzai 11,5 Mio. Kinder gehen in Afghanistan in die Schulen: Ja, das ist ein Fortschritt. Aber gucken Sie sich die Schulen an: 50 Prozent haben kein Dach über dem Kopf, die Lehrer sind meistens abwesend. Es gibt einen Bericht, der besagt, dass 10 Prozent aller Lehrer Analphabeten sind. Was die Kinder dort lernen, kann man in großen Teilen echt vergessen. Und die meisten gehen sowieso vor der sechsten Klasse wieder ab und sind funktional Analphabeten.

Es ist eine Rückbesinnung bei uns nötig, dass wir nicht in erster Linie in Afghanistan sind, um Präsident Karzai oder seinem Nachfolger zu helfen, sondern der Bevölkerung. Und dass wir uns auf die Kernaufgaben von Entwicklungspolitik wieder konzentrieren, das sind nämlich Armutsverminderung und die Millenniumsziele und solche Dinge. Da war zwar die afghanische Zentralregierung zu unterstützen, aber wir haben sie schon legitimiert, bevor in Afghanistan überhaupt Wahlen stattgefunden haben. Jetzt mal abgesehen davon, wie die Qualität dieser Wahlen war. Das führte zu einem falsch verstandenen Neutralismus, der letztendlich die Warlord-Strukturen gestärkt hat. Wir müssen nicht nur demokratische Prozesse und Institutionen schaffen, sondern prodemokratische Kräfte unterstützen. Auch wenn es manchmal schwer ist, sie zu identifizieren, wie die Ukraine zeigt. Die Ziele der Intervention in Afghanistan, Staatsaufbau, Demokratisierung etc. pp., Menschen-/Frauenrechte, waren nicht zu hoch. Unsere Mittel und Instruktionen sind nicht ausreichend.

**Der Vorsitzende:** Darf ich Sie bitten? Wir müssen jetzt nicht...

**Thomas Ruttig:** Gut, dann sage ich, wenn ich darf, noch einen Satz.

**Der Vorsitzende:** Genau.

**Herr Ruttig:** Wir müssen auch lernen, dass es keinen Automatismus von Entwicklung und Sicherheit gibt. Geld ist kein Waffensystem. Und vor allen Dingen müssen wir davon wegkommen, auch in künftigen Interventionen zu versuchen, es gut zu meinen für die Leute, die wir intervenieren. Zu entscheiden, wie es in Afghanistan der Fall gewesen ist. Man kann zu den Wahlen sagen, was man will, aber Karzai ist im Grunde von den Amerikanern vorausgesehen worden. Und dann hat man dafür gesorgt, dass er gewählt worden ist. Auch, indem man andere Kandidaten z.B. überredet hat, eben in zweiten Wahlgängen, die nach den Regeln angesagt gewesen wären, nicht anzutreten und sich zurückzuziehen. Wir werden sehen, was jetzt passiert.

**Der Vorsitzende:** Das war aber jetzt der Satz.

**Thomas Ruttig:** Das war der letzte Satz.

**Der Vorsitzende:** Vielen Dank. Und nun hat Herr Dr. Scholl-Latour wohl das Wort.

**Dr. Peter Scholl-Latour:** Ja, ich habe eben die Vorträge mit großem Interesse gehört, aber die hätten auch in 12 Jahren gehalten werden können. Man hat offenbar in 12 Jahren nicht sehr viel dazu gelernt. Man ist immer noch dabei in der Vorstellung, man sei da, um Nation Building zu vollziehen in Afghanistan. Das ist ein militärischer Auftrag von Anfang an gewesen und die Amerikaner bestimmen schließlich die Richtung und nicht die ISAF-Kommandeure, die gebietsweise zerstreut sind. Wobei man bei der deutschen Truppe sagen muss, dass sie inzwischen zu 80 Prozent aus ihren Stellungen ja gar nicht mehr raus geht. Die Perspektiven, die im Moment aufgezeichnet werden, dass man also in Zukunft noch ein Kontingent zurück lässt zur Ausbildung der afghanischen Polizei und vor allem der afghanischen Armee, sind meiner Ansicht nach völlig illusorisch.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

Wir haben dieses Beispiel des Irak vor Augen, weil das ja bereits versucht worden ist. Und die Iraker haben verlangt, dass wir rausgehen, und im Interesse der Betroffenen sind die auch raus gegangen. Ich würde keinem deutschen Ausbilder raten, allein mit der afghanischen Nationalarmee dort zu operieren. Denn die Erfahrungen, die man mit dieser Armee gemacht hat, sind nicht überzeugend. Ich habe mich, gegen den massiven Widerstand des Presseoffiziers, mit einem der Generäle der afghanischen Nationalarmee unterhalten. Ehrlich gesagt, der kannte sich in unserem Verhältnis gut aus. Er ist drei Jahre lang in der DDR in Rostock ausgebildet worden, war auf der Akademie in Hamburg gewesen. Ehrlich gesagt, wir sind Tagelöhner. Wir haben überhaupt keine ideelle Vorstellung, wir haben kein Ideal. Es gab mal eine Zeit, da waren wir Kommunisten aus Überzeugung, dann gab es die islamische Überzeugung. Diese Armee ist meistens abwesend und ist schon heute für diejenigen, die mit ihr operieren, eine große Gefahr.

Die Franzosen haben erhebliche Verluste aufgrund der Absenz der mit ihnen engagierten afghanischen Armee erlitten, und die Amerikaner können sich eben darauf auch nicht verlassen. Warum ist die Sache damals in [...] schief gegangen, als man praktisch Osama bin Laden gecornered hatte? Ja, weil man es den Afghanen überlassen hatte. Und die haben das natürlich laufen lassen. Man sollte versuchen, realistisch festzustellen, was die USA wirklich vorhaben in Afghanistan. Ich unterschätze die Möglichkeiten der CIA durchaus nicht. Und die Kurden, die müssen wissen, dass diese afghanische Nationalarmee keine tragende Kraft sein wird. Von der Polizei will ich ganz schweigen, wenn man die sieht, sucht man nur das Weite, wenn man frei über das Land fährt, wie ich es getan habe, ohne Schutz.

Und was kann die amerikanische Absicht sein? Man kann es schon von den Veröffentlichungen ja bereits lesen. Es geht nicht darum, die afghanische Armee aufzubauen, das ist unsinnig, das Projekt. Mal abgesehen davon, jeder afghanische 12-jährige oder 14-jährige ist ein geborener Partisan, er ist ein viel besserer Kämpfer als die ganzen Europäer oder Amerikaner. Er ist den Kampfbedingungen des Landes angepasst. Sondern es geht den Amerikanern offenbar darum - das sind amerikanische Aussagen -, diese Abschussrampen für die Drohnen dort aufrecht zu erhalten, die, und das ist das Interessante, nicht auf

afghanische Ziele ausgerichtet sind, sondern auf pakistanische Ziele vor allem gerichtet sind. Und das ist meiner Ansicht nach eine sehr kluge Erkenntnis der Amerikaner, dass die wirklich kommende Gefahr Pakistan sein könnte, wo die Produktion von miniaturisierten Atombomben in letzter Zeit gesteigert worden ist. Was nun aktuell natürlich die Gefahr beinhaltet, dass diese Waffen leichter entwendet werden können als die schwereren Geräte, und andererseits auch wieder darauf hindeutet, dass die Amerikaner erkannt haben, dass die wirkliche Gefahr ganz woanders herkommt als aus Afghanistan selbst.

Afghanistan ist ein absoluter Nebenkriegsschauplatz geworden. Wir sollten vor allem mit den Mudschaheddin während des Krieges gegen die Sowjetunion [...]. Ich war im Felde mit den Kommunisten, als Nadschibullah in Kabul drei Jahre ausgehalten hat, nach dem Abzug der Russen. Das würde Karzai nicht schaffen. Und mit der Bundeswehr ohnehin nicht. Die Vorstellung, dass wir dort weiterhin regulierend in Erscheinung treten können. Auch, sagen wir, diese Fixierung auf die Wahlen. Gut, die Wahlen werden stattfinden, die Wahlen werden so stattfinden, wie sie immer stattgefunden haben. Nämlich man wählt für seinen Klan, man wählt für seinen Stamm, man wählt seinen Warlord und so ist das von vorne herein bestimmt. Wie das dann proportioniert wird, das wissen wir heute nicht. Aber wir wissen, dass sich z.B. gewisse Kandidaten nur behaupten können, weil sie eine starke Truppe im Hintergrund haben. Ich denke nur zum Beispiel an den Kandidaten Ahmadsai, der sich auf den Usbekenkommandeur Dostum stützt. Eine eher verbrecherische Erscheinung, die aber sehr effizient ist. Einer, der Truppen hat. Und eines werde ich nicht vergessen, als ich das letzte Mal in Afghanistan war: Ich habe seit langem Verbindungen mit Hekmatyār und Hizb-i Islāmī. Auf die Leute kann man sich ja verlassen. Wir sehen das ja ganz falsch. Wir sehen in denen ja immer nur Würgeengel. Das sind ja auch Leute, die ihre Tugenden haben. Aber die sind immer noch da und die sind in der Regierung drin. Der Mann, der für mich die Richtung des Islam damals vertrat, ist Provinz geworden - ich will die Provinz nicht nennen - und ist Berater Karzais in Stammesfragen. Wir schauen durch die Dinge überhaupt nicht durch und klammern uns an einen



## Nur zur dienstlichen Verwendung

Abstimmungsfetischismus, einen Stimmzettelfetischismus, der dort der Situation nicht gerecht wird. Man kann's ja machen.

Was die Wirtschaft betrifft, haben wir eine Sünde auf uns genommen, eine Last aufgenommen, wirklich ein Verbrechen auf uns genommen. Wir haben aus Afghanistan den größten Opium- und Heroinproduzenten der Welt gemacht. Das war es nicht unter den Taliban. Die Taliban hatten aus religiösen Gründen das strikt verwehrt, sie haben nur Opium gepflanzt, den sie für den Ankauf von Waffen brauchten. Also man kann es kontrollieren, wenn man eine extrem strikte und harte Regierung hat. Wir werden ja nun wieder zu den militärischen Fragen zurückkommen. Sie werden uns in Zukunft immer mehr beschäftigen. Was ich bei dem Kontakt mit der Bundeswehr immer wieder habe feststellen müssen: Sie ist für diese Art von Krieg nicht vorbereitet. Sie steckt immer noch in den Vorstellungen, die einem konventionellen Krieg entsprechen und das Thema „counter insurgency“ wird uns weiterhin behandeln. Ob das nun Afghanistan wird, oder sonst wo. Demnächst in Libyen oder in Afrika. Und erschreckend ist, dass die Forderungen immer noch die gleichen sind. Wenn ich höre, dass die Amerikaner auf drei Phasen ihrer Strategie fundiert hatten. Und zwar das erste war „search and destroy“, suchen und vernichten. Das ist sehr effektiv gemacht worden übrigens. Und dann kam „clear and hold“. Man sollte sich also mit der Bevölkerung versöhnen und für sie sorgen. Das ist das, was der General McCrystal versucht hat und was im Kundus schief gegangen ist. Und dann das übliche Ziel ist dann „to win the hearts and minds“, Herzen und Gemüter gewinnen. Und da habe ich vor einer rein militärischen Versammlung der NATO immerhin erlaubt zu sagen: „The best way to win the hearts and minds ist to win the war.“ Und davon sind wir weit entfernt. Der Krieg in Afghanistan ist verloren. Das müssen wir uns eingestehen. Und wir müssen sehen, wie wir raus kommen. Und wir sollten nicht dauernd mit den Russen anbändeln, wir brauchen nämlich die Russen, um raus zu kommen. Also über Pakistan werden wir nicht abziehen. Die Chinesen haben ja eine Eisenbahnlinie von Mazar-e Sharif bis nach Usbekistan gebaut, auf die werden wir vielleicht zurückgreifen können, und die Russen und die Usbeken werden uns durch lassen. Aber das sind alles Perspektiven, die man gar nicht ins Auge fasst.

Wer wirklich bedroht ist durch die Zukunft Afghanistans, sind die Russen. Dass das Chaos, dass der religiöse Fanatismus und die religiöse Intensität, die dort ausbrechen werden, dass die über den Amur Darja hinüber springt nach Usbekistan und in die ehemaligen GUS-Staaten. Und dass dann eben das ganze asiatische Gefüge der früheren Sowjetunion ins Wanken gerät und das gilt in Russland sehr wahr als sicher. Russland ist der eigentliche Bedrohte im Moment. In Afghanistan - ich werde Sie nicht lange mit meinen wenig konfirmistischen Aussagen aufhalten -, ich möchte nur eins sagen, dass die Perspektiven, die aufgezeichnet worden sind, auch die humanitären [.....] ist schon gewiss, aber es ist eben verpufft. Man muss das in Afghanistan den Afghanen überlassen. Und wenn die Afghanen beschließen, dass die Paschtunen gegen die Tadschiken Krieg führen und dass sie wieder über die Hasawa herfallen, dann werden wir nichts daran ändern können. Es findet ja heute auch schon statt. Und was, wenn ich andauernd von der Verbesserung der Lage höre, die in den Jahren stattgefunden hat. Ich bin von Zeit zu Zeit immer da hingekommen. Es hat Zeiten gegeben, wo man ohne Gefahr quer durch Afghanistan fahren konnte. Das war dann nachher auch sehr bald vorbei. Und heute würde ich nicht mehr, wie vor drei Jahren, ohne Schutz von Kabul aus über den Salang-Pass nach Mazar-e Sharif fahren. Man sollte etwas mehr Realismus an den Tag legen und einfach zugeben, dass der Afghanistankrieg verloren ist.

**Der Vorsitzende:** Nun hat Frau Woltersdorf das Wort. Bitte sehr.

**Adrienne Woltersdorf:** Danke schön. Danke an den Ausschuss, dass die Friedrich-Ebert-Stiftung hier mit mir vertreten sein darf. Die Stiftung selbst ist seit 2002 tätig in Afghanistan, mit Sitz in Kabul. Wir haben dort viele Fortschritte gesehen. Auch Rückschritte ohne Frage, aber Fortschritte, weil wir dort mit Partnern arbeiten, die wir nun schon seit vielen, vielen Jahren begleiten. Ich glaube, da kann man schon ein Einblick kriegen in gewisse Ausschnitte der Gesellschaft. Ich selbst lebe seit 2012 in Kabul und bereise das Land seit 2004 regelmäßig.

Ich möchte mal Ihren Blick auf das lenken, auf das, was in drei Tagen passiert. In drei Tagen wird gewählt. Es haben zahlreich Kritiker und Analysten



## Nur zur dienstlichen Verwendung

geschrieben, diese Wahl wird nicht stattfinden, Karzai wird es nicht zulassen. Nun sieht es aber doch so aus, als ob die Afghanen wählen gehen werden. Und ich finde, wenn man sich den gesamten Prozess anguckt, wie diese Wahl sich nun im Vorfeld gestaltet hat – ich finde, das ist ein Erfolg. Denn wenn man zurückdenkt, Afghanistan hat keine demokratischen Traditionen und wir haben dem Land sehr wenig Zeit gelassen. Ganz im Gegenteil, mit unserem Geld, mit unseren Programmen haben wir die Afghanen sehr stark gefordert, ihnen manchmal auch nicht genug Zeit gegeben. Und wenn man denkt, das ist jetzt 2014, also 13 Jahre nach einem Taliban-Regime, wo es eigentlich insofern keine wirkliche Gesellschaft mehr gegeben hat. Keine Gesellschaft, wie wir sie uns vorstellen. Und jetzt in drei Tagen werden die Afghanen wählen gehen. Sie haben die Wahl zwischen Kandidaten, die bislang [...] Auch das wurde vorhergesehen von einigen, es hat keine Gewaltanwendung stattgefunden. Die Kandidatenteams sind vielleicht in unseren Augen mit durchaus fragwürdigen Persönlichkeiten besetzt. Ja, das ist Machtpolitik in der Tat. Ein Aschraf Ghani Ahmadsai braucht die Unterstützung von jemandem, der ihm eine Million oder über eine Million Wählerstimmen im Norden organisieren kann von Dostum. Das mag uns nicht gefallen, ich kann Ihnen aber berichten, das gefällt auch vielen Afghanen nicht. Das finde ich auch einen Fortschritt. Das ist sehr kritisch von der afghanischen Zivilgesellschaft diskutiert worden. Es hat Proteste gegeben gegen diese Warlord-Kandidaten. Was aber auch ein positives Zeichen ist – die Koalitionen haben gehalten. Für viele war das nicht im Bereich des Möglichen, weil man ja weiß, da ist sozusagen die Tinte unter dem Koalitionsvertrag, oder das Papier ist es nicht wert. Diesmal wurde uns aber auch gezeigt: Ja, es gibt Fortschritte, es gibt eine neue Art von Kompromisskultur. Ich würde sagen auch afghanische Politiker haben verstanden, dass es nicht mehr nur die eine Ethnie gegen die andere sein kann. Das sind sicherlich Reflexe, die noch vorhanden sind, aber gleichzeitig, da ist ein Lerneffekt, alle Kandidaten haben sich über die ethnischen Grenzen hinweg aufgestellt, mit ihren jeweiligen Vizekandidaten. Sie haben sich auch in ihrem Wahlkampf bemüht.

Und es wird auch verstanden, die große Herausforderung für eine neue afghanische Regierung wird sein, dieses Land mit seinen Fliehkräften zusam-

men zu halten. Und ich sehe da wirklich gute Ansätze. Ein Fehler der internationalen Gemeinschaft ist sicherlich gewesen, nach Rezept der Amerikaner ein sehr starkes Präsidialsystem dort zu etablieren. Das hat von Anfang an allen existierenden politischen Parteien die Luft genommen. Das sehen wir, als politische Stiftung, sehr deutlich. Das ist eines unserer großen Misserfolge. Wir haben bis heute noch keine wirklichen Parteien identifizieren können, mit denen wir arbeiten können, die sich auf diese Art der Programmatik einlassen will. Also das ist etwas, was sicherlich ein Konstruktionsfehler von Anfang an war. Und da hätten sich vielleicht auch europäische Staaten stärker für machen sollen, weil unsere Erfahrung ist ja eine Parteiendemokratie, und dass sie eben wirklich auch zur Stabilisierung beiträgt. Das hat nicht stattgefunden. Ich denke, nach den Wahlen wird es sicherlich Streitereien geben. Das befürchten die Afghanen genauso wie wir. Aber es wurde auch schon gesagt, die Legitimität dieser Regierung muss nicht durch uns anerkannt werden, sondern das ist Sache der Afghanen. Und sie werden entscheiden, ob sie mit der Regierung, die nun durch diesen, bestimmt auch nicht ganz einfachen, Wahlprozess hindurch entstehen wird, ob sie dieser Regierung vertrauen. Vertrauen müssen einerseits, aber auch vertrauen werden. Wir alle wissen, dass die letzte Wahl ebenso problematisch war, dass der Karzai-Regierung zum Schluss, oder es war eines ihrer großen Mankos, die Legitimität gefehlt hat. Da war aber eben die internationale Gemeinschaft geradezu instrumentell, hat das mit verantwortet. Auch die internationale Gemeinschaft hat dort gelernt. Ich kann von Kabul aus nicht berichten, dass ich irgendwelche internationalen Versuche des Einflussnehmens beobachten konnte, weil man eben weiß, wie gefährlich das sein kann.

Ich glaube ein weiterer, und das wird die Herausforderung der neuen Regierung sein, ganz großer Fehler, auch der internationalen Gemeinschaft, war, es sich nicht genug für das Thema Wirtschaft, Wirtschaftsaufbau zu interessieren. Entscheidende Infrastrukturprojekte sind aus sehr unterschiedlichen Gründen zum Erliegen gekommen, beziehungsweise sind durchgeführt worden und wieder zerstört worden, durch Talibanattacken. Das ist die ganz große Angst der Afghanen. Ich kann nur berichten. Ich sag Ihnen, wie ich das erlebe. Die meisten Afghanen empfinden es als keine Bedrohung, dass die internationalen Truppen insgesamt abziehen werden.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

Viele begrüßen es, wenn es noch Trainingsmissionen gibt. Es gibt aber auch Afghanen, die sagen, selbst das wäre nicht unbedingt nötig. „Das, was wir wirklich brauchen, ist die Luftschlagkraft der USA. Das brauchen wir.“ Ich kann das nicht beurteilen. Ich bin keine Militärfrau. Aber was vor allen Dingen weiterhin von der internationalen Gemeinschaft geboten werden muss, ist wirklich die verlässliche Partnerschaft. Und es ist einfach die finanzielle Grundlage. Herr Ruttig hat das auch schon erwähnt, dieses Land kann noch nicht auf eigenen finanziellen Beinen stehen, weil eben auch die Wirtschaftsentwicklung drastisch vernachlässigt wurde.

Wir haben uns oft bekämpft in Programmen für Rechtsstaatlichkeit usw. Ich will die gar nicht schmälern, aber viele Afghanen fragen uns, was nützt mir das? Ich hab keinen Job ab 2014, wenn ihr geht. Ganz viele Mittelstandsa Afghanen, die die gut ausgebildet sind, die die auch wirklich sozusagen ihr Land voran bringen werden, die machen sich große Sorgen. Die Frauen, die wir sozusagen bestärkt haben, eine neue selbstbewusste Rolle zu finden, die fragen mich auch, wo soll ich arbeiten? Wie soll das weitergehen? Ich habe mich jetzt emanzipiert. Wo ist meine ökonomische Grundlage dafür? Also das wird von vielen Afghanen beklagt. Da sind auch keine einfachen Rezepte für die Zukunft möglich. Aber ich denke, es ist wichtig, weiterhin daran zu glauben, diese Infrastruktur mit aufbauen zu helfen, den Afghanen beiseite zu stehen und ihnen Wege zu zeigen, wie sie ihre Wirtschaft aufbauen können. Ich bin davon überzeugt, dass das ein entscheidender Faktor sein wird, um das Land zu stabilisieren. Denn, wie Sie alle wissen, Afghanistan hat zu über 65 Prozent eine Bevölkerung, die unter 25 Jahren ist. Junge Menschen, die keine Perspektive, keinen Job haben – was machen die? Das können wir zum Teil in unseren eigenen Gesellschaften sehen.

Wie auch schon erwähnt wurde, Drogen sind mittlerweile zunehmend auch unter Afghanen gerne konsumiert. Das geht alles Hand in Hand. Das heißt, ich glaube fest, wir müssen helfen und weiterhin dort eben ein Partner sein zum Anbieten: Entwicklungsmöglichkeiten, Jobs, Perspektiven. Und das ist z.B. auch sehr wichtig, dass Deutschland, aber auch insgesamt die internationale Gemeinschaft, Afghanistan helfen kann, bzw. der gesamten Region helfen kann, weil eine Wirtschaftsentwicklung Afghanistans nicht aus dem Land selber heraus erfolgen

kann, sondern es muss eine regionale Integration geben. Da ist mit dem Istanbul-Prozess schon der richtige Weg eingeschlagen, aber das muss noch viel, viel mehr mit Leben gefüllt werden. Und ich denke, dass Deutschland da eine ganz besonders positive Rolle spielen kann. Ich blicke jetzt nach vorne, weil wir als eines der wenigen Ländern tatsächlich immer noch eine gewisse Glaubwürdigkeit dort genießen. Zwar mit Kritik, das will ich gar nicht in Abfrage stellen, aber Deutschland kann eben noch Afghanistan und die Nachbarländer zusammen bringen. Und wir können dort helfen mit der wirtschaftlichen Integration. Das ist die einzige Chance um dort eben wirtschaftliche Perspektiven zu eröffnen: Handel, Transport, auch Arbeitsmigration und so weiter. Ich belasse es dabei.

**Der Vorsitzende:** Vielen Dank, Frau Woltersdorf, für Ihre Darstellung. Das war jetzt eine Bandbreite von Erfahrungen, Sichtweisen, und diese und andere werden jetzt hier debattiert. In Fraktionsrunden, es wird also nach Fraktionen aufgerufen und dann kommen Sie wieder zu Wort. Vielleicht gibt es auch spezielle Fragen, denn wenn wir immer eine Gesamtrunde haben, dann dauert es natürlich auch relativ lange, aber wir werden sehen, wie es sich ergibt. Die erste Wortmeldung jedenfalls kommt vom Kollegen Thorsten Frei, der jetzt auch das Wort hat.

**Abg. Thorsten Frei (CDU/CSU):** Herr Vorsitzender, meine sehr verehrten Damen und Herren, ich möchte zunächst einmal den Sachverständigen für ihren Vortrag und ihre Perspektive danken. Ich fand es einerseits interessant, zu weiten Strecken sicherlich auch ernüchternd, was an Analyse und Beobachtung vor Ort vorgetragen wurde. Was weniger überraschend war, dass die Bandbreite der vier Sachverständigen eine ganz ordentliche war, aber auch die Differenzierungen und die differenzierte Betrachtung und Beurteilung der einzelnen Sachverständigen hat letztlich die Komplexität des Themas auch noch mal in besonderer Weise unterstrichen. Ich glaube, das ist in der Tat ein enormer Lernprozess, den wir in den vergangenen elf, zwölf Jahren durchgemacht haben. Und es ist ja auch deutlich, dass mit der Konferenz von London 2010 eine Nachsteuerung stattgefunden hat. Auch das ist in den Beiträgen deutlich geworden, dass man ein Stück weit die eigenen Ansprüche der Realität anpassen musste und, dass man, gerade im Bereich der



## Nur zur dienstlichen Verwendung

Entwicklungszusammenarbeit, im Bereich der Ausbildung von Sicherheitskräften, der Stärkung der Sicherheitsstrukturen die Anstrengungen deutlich erhöht hat und damit, glaube ich, auch ganz gute Erfolge erzielt hat.

Die Frage ist jetzt zum einen, heute natürlich eine erste Analyse des Bisherigen zu machen, zum anderen aber auch zu schauen, welche Lehren man für die Zukunft für Afghanistan, aber auch darüber hinaus ziehen kann. Und da ist, glaube ich, schon deutlich geworden, und ich teile diese Einschätzung, dass da jeder Fall letztlich für sich zu betrachten ist, aber eine Erfahrung unzweifelhaft die ist, dass man in solche Einsätze, in solche Engagements nicht mit zu hohen Erwartungen gehen darf. Sondern, dass man die letztlich auch realistisch ausrichten muss. Und das muss man eben auch zu Beginn eines solchen Einsatzes wissen.

Ich hätte zwei, drei ganz konkrete Fragen, die ich an Sie gerne richten würde. Zum einen wüsste ich gerne, was aus Ihrer Sicht die besten und wirkungsvollsten Gründe dafür waren, dass es gelungen ist, im Bereich Wirtschaft, Infrastruktur, Bildung die Erfolge zu erzielen, die unzweifelhaft auch da sind. Ob sie weit genug gehen, da darf man sicherlich unterschiedlicher Meinung sein, aber dass sich die Lage der Menschen verbessert hat, ist, glaube ich, unzweifelhaft.

Es würde mich als zweites interessieren die Unterscheidung zwischen der Entwicklung in den städtischen und in den ländlichen Bereichen. Die scheint mir sehr unterschiedlich zu sein. Dass das, was beispielweise in den städtischen Regionen gelungen ist, in der Breite des Landes eben noch nicht geschafft ist. Und mich würde auch interessieren, als Ausblick in die Zukunft, wie Ihre Einschätzung zur Organisation des Landes letztlich ist. Also ob es sinnvoll ist, und das meine ich aus manchen Wortbeiträgen herausgehört zu haben, das Land dezentraler, föderaler aufzustellen. Sicherlich auch unter der Gefahr, das Fliehkräfte in einem Land mit einer sehr heterogenen Identität verstärkt würden. Aber da würde mich gerne Ihre Einschätzung interessieren, wie Sie dies beurteilen und im Hinblick auf die Zukunft auch Ihre Einschätzung, wie es zukünftig besser gelingen kann und ob es gelingen kann die Taliban als Teil eines umfassenden Friedensprozesses stärker einzubinden als dies aktuell der Fall ist.

**Der Vorsitzende:** Vielen Dank. Nunmehr hat das Wort der Kollege Gehrcke.

**Abg. Wolfgang Gehrcke (DIE LINKE.):** Vielen Dank, Herr Vorsitzender, und vielen Dank an die vortragenden Kolleginnen und Kollegen. Ich denke, dass wir uns dazu zwingen müssen, als Abgeordnete des Bundestages [...] Und der Krieg in Afghanistan begleitete uns zwölf Jahre und jeder wird mehrfach im Jahr seine Hand gehoben haben, also seine Stimmkarte abgegeben haben mit „Ja“, „Nein“ und „Enthaltung“ und man hat sich selber Rechenschaft abzulegen: Was hast du fabriziert mit deiner Stimme? Und welche Verantwortung hast du übernommen? Das hat der Herr Vorsitzende, das kann ich nur unterstreichen, hier sehr klar gesagt. Und am Ende muss es ein Ergebnis für einen selber ergeben. Ich hab mir noch einmal die Protokolle des Bundestages seit 2001 angeschaut und ich muss Ihnen ehrlich sagen, Afghanistan selbst hat nur immer randständig eine Rolle gespielt, tatsächlich waren es ganz andere Argumente, die zu diesem Krieg und der deutschen Beteiligung geführt haben.

Unser erstes Argument ist ein Krieg gegen den Terror. Muss man sich nicht heute die Frage vorlegen: War das ein erfolgreicher Krieg? Oder ist die Gefahr des Terrors mit der Art und Weise, wie die westliche Staatengemeinschaft in Afghanistan agiert hat nicht größer geworden? Ich glaube, man kann nachweisen, dass sie größer geworden ist. Das zweite Argument war: Wir sind in Afghanistan, um die Demokratie durchzusetzen, umzusetzen. Jetzt rede ich nicht, dass man sich Illusionen gemacht hat, das ist nicht mein Problem. Kann es nicht sein, dass wir selber dem ähnlicher geworden sind, was wir vorgegeben haben, zu bekämpfen? Ich habe mich die ganze Zeit gefragt, ob nach dem Artikel 26 des Grundgesetzes rechtlich überhaupt ein Beteiligung an diesem Krieg möglich oder nicht gewesen wäre. Haben wir nicht tendenziell auch einen Verfassungsbruch begangen, was die deutsche Verfassung angeht? Ich finde, über solche Fragen muss geredet werden. Und das dritte Argument war immer, es wäre ein Krieg für Abrüstung und der großen Sorge, wenn die Terroristen Waffensysteme erobern. Ist die Gefahr größer oder kleiner geworden? Mein Ergebnis unterm Strich ist: Der gesamte Afghanistaneinsatz ist gescheitert, nichts ist besser geworden, son-



## Nur zur dienstlichen Verwendung

dern wir selbst haben uns zum Negativem verändert. Und über solche Fragen muss der Bundestag sich Rechenschaft ablegen.

Ich habe sehr viele Freunde in Afghanistan noch aus der Nadshibullāh-Zeit. Ich könnte Ihnen die Bilanz seiner Regierung hier vortragen, in Afghanistan. Ich weiß, wie er heute angesehen wird. Er ist aufgehangen worden von den Taliban. Wenn man die Bilanzen vergleicht, war es nicht viel schlechter, um das mal vorsichtig zu sagen. Warum erlauben wir uns nicht auch solche Debatten? Warum erlauben wir uns, wenn wir über das Wirtschaftssystem reden, nicht auch die Debatte, ob nicht die Zerstörung des Großgrundbesitzes in Afghanistan eine wichtige Voraussetzung wäre. Ich war mit Herrn Mißfelder in einer Frage sehr nahe: Ist nicht ein vernünftiger Schritt, was Afghanistan angeht, die Durchsetzung des Kapitalismus, damit sich wirklich Wirtschaft entwickelt und das Land aus dem Mittelalter herausgerissen werden kann? Darüber könnte man ja zumindest mal nachdenken. Er muss ja nicht gleich neoliberal sein.

Das sind solche Fragen, die man sich vorlegen muss. Ob wirklich das System über Wahlen, wo viele unterstellen, dass es wahrscheinlich nicht sehr viel verändern wird, eine demokratische Legitimation sich zulegt, oder muss die nicht im Alltag erworben werden? Und abschließend - ich will meine Zeit nicht strapazieren - will ich Ihnen nun meine persönliche Erfahrung sagen. Ich war auf dem Weg nach Afghanistan. Ich habe mich blöderweise darauf eingelassen, dass das Bundeskriminalamt mich begleiten soll. Das waren zwölf Beamte, die meine Reise nach Kabul absichern sollten. Ich bin bis Istanbul gekommen, dann rief das Bundeskriminalamt an: „Wir sitzen im Keller der Deutschen Botschaft. Die Deutsche Botschaft wird beschossen und wir bitten Sie sehr, bleiben Sie in Istanbul, fahren Sie zurück nach Berlin und nicht nach Kabul.“ Soweit zur Frage der Sicherheit in Afghanistan.

**Der Vorsitzende:** Besten Dank. Und nun Herr Kollege Annen.

**Abg. Niels Annen (SPD):** Meine Damen und Herren, ich will mich auch recht herzlich bedanken. Ich glaube, es ist eine gute Gelegenheit, auch zu einer Zeit hier noch einmal sich umfassend mit der Lage

in Afghanistan auseinanderzusetzen, wo, aus bekannten Gründen, die Aufmerksamkeit im Moment eher auf unsere europäischen Nachbarschaft gerichtet ist. Nichtsdestotrotz, und da bin ich durchaus mit Ihnen, Herr Gehrcke, einer Meinung, dadurch, dass der Bundestag mehrfach zugestimmt hat, haben wir natürlich eine Verantwortung. Ich glaube nur nicht, dass die Fragestellung in erster Linie die ist - auch legitim und notwendig und die wird uns ja auch gestellt, wenn wir uns Wahlen stellen -: Zu was für einem Ergebnis kommen wir für uns selber mit unserer Entscheidung?. Aber die eigentliche Frage ist ja schon: Welche Entscheidung können wir treffen, um das, was in Afghanistan erreicht worden ist, abzusichern und welche Perspektiven gibt es für die afghanische Bevölkerung?. Und, wenn ich eine Bemerkung vorausschicken will: Natürlich kann man die Lage rein von außen betrachten und vielleicht sogar aus unserer eigenen Position, von unseren eigenen Interessen her definieren, rein auf die Frage konzentrieren: Wer sorgt dort für Stabilität?. Und Herr Nadschibullah hat das mit Hilfe der Sowjetarmee in einem durchaus bemerkenswerten Umfang erreicht. Und, Herr Scholl-Latour, möglicherweise hat Herr [.....] das in bestimmten Bereichen des Landes, die er kontrolliert oder kontrolliert hat, auch erreicht. Ich kann nur sagen, als Demokrat, sind weder Herr Nadschibullah noch Herr [.....] für mich Personen, an denen ich mich orientieren würde. Trotzdem muss man die Realitäten zur Kenntnis nehmen. Aber das kann, glaube ich, für ein demokratisches Parlament nicht die Orientierung sein.

Ich möchte die Gelegenheit nutzen, vielleicht Frau Woltersdorf noch ein, zwei Fragen zu stellen, mich an der Stelle aber auch bei Ihnen bedanken, aber auch bei den Vertreterinnen und Vertretern der anderen politischen Stiftungen, die dort ja auch seit vielen Jahren Arbeit leisten, weil ich glaube, dass das auch ein wichtiger Beitrag ist, der ja den zivilen Aspekten der Zusammenarbeit auch in den Mittelpunkt rückt. Natürlich haben wir eine Militäroperation durchgeführt und eine Stabilisierungsmission, aber, und ich finde das ist auch aus den Beiträgen der anderen Experten sehr deutlich geworden, die Kernfrage liegt doch darin, ob wir in der Lage sind eine politische, ökonomische Stabilisierung zu erreichen. Und, wenn es nach uns geht, natürlich vielleicht auch zu einer, zumindest partiellen, Demokratisierung der politischen Kultur oder überhaupt



## Nur zur dienstlichen Verwendung

erst zum Entstehen einer politischen Kultur beizutragen. Und da Sie, Frau Woltersdorf, ja auf den Wahlkampf hingewiesen haben, wollte ich einfach noch einmal nachfragen wie sich auch die ja doch bemerkenswerte Entwicklung in der Presselandschaft auswirkt, inwieweit eigentlich heute Politiker, die man ja weiterhin - ich finde das auch legitim -, als Warlords bezeichnen kann, weil sie ja zum Teil auch noch über bewaffnete Kräfte verfügen und diese auch einsetzen. All das haben Sie ja zu Recht auch beklagt. Auch die anderen Kollegen haben das getan. Aber wie weit muss heute jemand, der für das Parlament oder als Präsidentschaftskandidat, Vizepräsidentschaftskandidat sich bewirbt, eigentlich darauf Rücksicht nehmen? Oder sind die komplett in der Hand der bezeichneten Akteure? Das würde mich interessieren, auch inwieweit die sehr bemerkenswerte Verbreitung von Mobiltelefonen eigentlich zur Informationsgewinnung und, ich sage mal, auch zu bestimmten Autonomie geführt hat und Informationszugänge verändert hat, und ob das Auswirkungen hat auf die Bewegungsfreiheit oder den Aktionsradius der Partnerinnen und Partner mit denen Sie, vielleicht aber auch die anderen politischen Stiftungen zusammenarbeiten.

Und die letzte Frage, die ist etwas allgemeiner gehalten, aber ich stelle sie jetzt einfach mal so, denn Sie alle haben ja den Schulbesuch, der möglich geworden ist mit den Einschränkungen und den Defiziten, aber trotzdem die Möglichkeit zur Schule zu gehen, zur Universität zu gehen jetzt doch mindestens für eine Generation, wenn nicht mehr. Wie wirkt sich das eigentlich aus? Und hat das auch über Kabul hinaus eine Veränderung der politischen Kultur zur Folge? Oder ist das beschränkt auf einen, dann ja auch trotz der bedauernden Hindernisse, Herr Kollege Gehrcke, ja für uns relativ unproblematisch zu besuchenden geschützten Ort wie Kabul eine Auswirkung? Das wären meine Fragen und ich bedanke mich, Herr Vorsitzender.

**Der Vorsitzende:** Wir bedanken uns und Herr Nouripour hat das Wort.

**Abg. Omid Nouripour (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Danke, Herr Vorsitzender. Da wir so unglaublich viel Kompetenz haben einladen dürfen, will ich mich wirklich auf Fragen beschränken.

Erste Frage: Ich habe in einem der Statements gelesen, dass dort steht der Strategiewechsel zu spät kam. Wann hätte er denn kommen müssen? Hätte er sozusagen in den ersten vier Jahren kommen müssen? Hätten wir von vornherein eine andere Strategie haben müssen? Wann war denn der „tipping point“, von wo aus es dann nicht mehr ging?

Zweite Frage: Rechtsstaatlichkeit aufbauen, Institutionen aufbauen. Wir haben natürlich dort, gerade in der Fläche, eigentlich nichts gemacht, und wenn, dann sehr spät angefangen, aber welche Institutionen wären denn die richtigen gewesen? Von Anfang an. Korruption ist angesprochen worden. Ich bin ein wenig überfragt mit der Frage, wie wir effektiv beitragen können zur Korruptionsbekämpfung. Also keine Budgethilfe, sondern eher Projekte oder womöglich konditionierte Projekte. Wie wäre es denn richtig gewesen? Aber auch für post '14. Die Staatlichkeit wird ja nach '15 ohne unsere Hilfe, auch Budgethilfe, es nicht schaffen. Was bedeutet das? Wie müssen wir das denn konditionieren? Was muss da denn noch passieren, damit die Korruption zumindest eingedämmt werden kann? Und was muss denn passieren, damit auch eine nachhaltige Wirtschaft oder ein nachhaltiges Wirtschaften möglich wird, ohne dass permanent die Hähne der Geldgeber offen sein müssen?

Die Frage, die sehr spannend diskutiert wurde in Ihren Statements, schriftlich, ist ja der Ansatz der vernetzten Sicherheit. Es war ja nicht einhändig, wie Sie das fanden. Was ist denn eigentlich die Alternative zu vernetzter Sicherheit? Also es gibt ja sozusagen einen alten Diskurs, auch mit den NGO, die bundeswehrfern arbeiten wollen. Und da gibt's wiederum die staatlichen Organisationen, die sagen: Ohne Bundeswehr gehen wir da und da nicht hin. Was ist denn der richtige Ansatz jenseits dieser Dualität? Die Frage der Evaluation ist natürlich eine spannende. Es gibt ja jetzt den Prozess einer Evaluation dessen, was bisher im Entwicklungsbereich passiert ist. Ich bin auch nicht so ganz schlau geworden, wie Sie denn finden, wie man denn das Militärische beurteilen kann. Kann man das denn? Wie stehen Sie denn eigentlich zu einer wissenschaftlichen Evaluation des gesamten Einsatzes, damit man auch daraus lernen kann? Und zwar, wie der Kollege gesagt hat, über Afghanistan hinaus.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

Aussöhnung. Was wäre denn die beste Konstellation, die durch diese Wahl hervorgebracht werden kann, für einen Aussöhnungsprozess? Und welche Konstellation wäre auf der anderen Seite, die dazu führen kann, dass der Aussöhnungsprozess, falls es überhaupt jemals einen ernsthaften gegeben hat, wieder beginnen kann? Die regionalen Akteure, außerhalb von Afghanistan, sind natürlich spannend. Ich habe auch dort bei Frau Woltersdorf gelesen, dass Sie positive Anzeichen sehen in Pakistan und dem Iran. Das sehen die anderen anders. Welche positiven Zeichen gibt es und welche soll es denn geben? Gleichzeitig wissen wir ja, dass die Amerikaner einen - zumindest gibt es das sehr manifeste Gerücht -, dass die Amerikaner drei Basen, unabhängig von der Frage wann, wie, was unterschrieben wird, von welchem Präsidenten, weiter aufrecht erhalten wollen. Jenseits der NATO. Und wenn man mit denen redet, es ist zumindest mir so passiert mit dem amerikanischen Militär, sagen sie relativ offen, dass zwei der drei Basen für Ziele, zumindest zur Aufklärung gedachte, außerhalb Afghanistans sind. Ist das nicht sozusagen ein Hindernis bei der Frage der regionalen Einbindung von Iran und Pakistan, wenn gleichzeitig das Gefühl entsteht, dass Afghanistan weiterhin sowas wie Flugzeugträger gegen sie selbst [.....]. Mich würde einfach mal im Rahmen der übliche Kabul-Astrologie interessieren, wie Sie denn eigentlich den Ausgang der Präsidentschaftswahlen auch sehen? Auch die Frage: Wird es einen zweiten Wahlgang geben, oder nicht?. Und die letzte Frage ist die kleinste: Was ist denn das, was Afghanistan braucht, was Deutschland liefern kann, militärisch, politisch und im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit ab 2015?

**Der Vorsitzende:** Okay, das waren vier Wortmeldungen von den vier Fraktionen und ich denke, dass wir jetzt zu einer Antwortrunde kommen. Da sind so viele Fragen jetzt auch zusammengekommen. Auch da müssen wir dann immer gucken, dass zeitlich alles konzentriert ist, so dass ich vorschlage, dass jeder Sachverständige, jede Sachverständige dann in sieben Minuten den Fragen gerecht zu werden. Wir können jetzt irgendwie andersherum, wenn Sie mögen, Frau Woltersdorf, anfangen.

**Adrienne Woltersdorf:** Gerne. Danke schön. Gut also, die Fragen sind ja ziemlich weit gespannt. Ich fange vielleicht jetzt auch umgekehrt an mit Herrn Nouripour. Die Korruptionsbekämpfung. Ich denke,

es ist ein sehr sinnvoller Ansatz, auch gerade für deutsche Institutionen, dort eben weiterhin die Zivilgesellschaft und eben auch das politische Leben, also politische Akteure, Opposition, zu stärken. Weil die Aufsicht, die muss ja sozusagen durch das afghanische Volk selber passieren. Und gleichzeitig ist es sicherlich sinnvoll, weiterhin Projekte, sozusagen über gute Regierungsführung und so weiter. Aber ich denke eben, dass auch die Afghanen selber lernen müssen, ihrer Regierung auf die Finger zu schauen. Und gleichzeitig möchte ich auch Sie, als Abgeordnete, ganz herzlich einladen: Lassen Sie den Kontakt zu Kabul nicht abreißen. Es ist sehr effektiv, wenn Sie mit Ihren Counterparts dort, also dort im afghanischen Parlament, weiterhin Kontakte pflegen. Denn vor allen Dingen auf dieser Ebene, durch die persönliche Begegnung können Sie Gespräche führen, die es eben Institutionen so nicht leisten können. Und Sie sind ja in dem Sinne Kollegen. Also Sie haben dort keinen geringen Einfluss und man würde es sehr schätzen, wenn auch Sie, also deutsche Parlamentarier, weiterhin dort Interesse zeigen und sich engagieren.

Bei den Kabuler Wahlen, ganz kurz, ich meine auf Zahlen, ich meine auf Umfragen sich verlassen zu wollen, ist gewagt. Wir gehen davon aus, dass es auf jeden Fall jetzt zu einem zweiten Wahlgang kommen wird. Höchstwahrscheinlich eine Begegnung von Aschraf Ghani Ahmadsai und Herrn Abdullah Abdullah. Herr Rassoul scheint nicht so eine große Unterstützung zu genießen. Aber, wie gesagt, das sehe ich alles mit großer Vorsicht, weil wir wissen, dass es Umfragen, bezahlte Umfragen gewesen sind und insofern man sich nicht sehr drauf verlassen kann. Und es wird geschätzt, dass der zweite Wahlgang ungefähr Mitte Juni stattfinden wird. Und dann wird es noch mal eine Weile dauern, bis es zur Regierungsbildung kommt. Sicherlich jeweils unter Einbeziehung des anderen Lagers, um sich dort eben breit aufzustellen. Was kann Deutschland liefern? Ich denke, Deutschland kann wirklich einen sehr wichtigen Beitrag weiterhin beim politischen Prozess liefern. Einfach durch Arbeiten und Kooperation mit den Akteuren des politischen Prozesses, denn es ist wichtig. Es hat dort jetzt eine wirklich sehr positive Entwicklung stattgefunden, was die Zivilgesellschaft angeht. Das war sicherlich der Effekt der Bonn-2011-Konferenz. Die Zivilgesellschaft hat sich auch in diesem Vorwahlprozess als sehr konstruktiv erwiesen. Nämlich mit konstruktiver



## Nur zur dienstlichen Verwendung

Kritik. Es ist dort ein breites Verständnis auch der Rolle entstanden, was Zivilgesellschaft sein muss, leisten muss. Es gibt sicherlich Kritik auch an einigen Zivilgesellschaftsakteuren, nämlich gebergetrieben, aber ich sehe das in der Fläche nicht so. Deutschland kann also dort weiterhin als verlässlicher Partner auftreten. Ich betone das immer wieder, denn die Erfahrung ist: In Afghanistan zahlt es sich aus, mit den gleichen Partnern über einen langen Zeitraum hinweg zu arbeiten. Denn es ist so schwer mit einer Gesellschaft, die von viel Misstrauen geprägt ist, zu arbeiten. Es ist oft nicht sehr effektiv mit einem Programm, und sei es eben auch mit guter Absicht, nach Kabul zu gehen und dort dann schnelle Ergebnisse zu erwarten. Es braucht einfach Zeit, bis die Akteure das Vertrauen haben. Und Deutschland hat es da immer noch ein bisschen einfacher als andere Nationen, weil wir eben als wirklicher Freund Afghanistans verstanden werden. Ich denke, dass eben Deutschland eine gewisse „convening power“ hat. Wir können Fraktionen, Gruppen, Gruppierungen und eben auch Staaten zusammenbringen, weil man uns da in der Region zutraut, keine allzu deutlichen eigenen Interessen zu haben.

Die Wirtschaftsentwicklung. Ich glaube, das ist eine sehr, sehr große Herausforderung, vielleicht das Problem schlechthin. Und das auch zur Frage der Taliban. Ich höre von unseren afghanischen Partnern immer wieder, die Taliban sind eigentlich nicht mehr unser Problem. Ihre Militanz ist ein Problem. Weil sie einfach als Terroristen verstanden werden. Die Taliban, an und für sich, mit den Inhalten, wofür sie stehen, sagen viele Afghanen, dass sie sich damit auseinander setzen können. Die afghanische Verfassung bietet Raum, dass die Taliban sich politisch integrieren können. Wie gesagt, ich gebe hier nur wieder, was Afghanen sagen. Die Gefahr des Terrors, ich kann nicht zustimmen. Die ist nicht größer geworden. Natürlich besteht Unsicherheit dort, wo Menschen bereit sind, sich in die Luft zu sprengen. Aber die Gefahr des Terrors, wenn man genauer hinguckt, muss man sehr genau definieren, über was man redet. Es sind neue Gefahren entstanden durch vielleicht, organisierte Kriminalität, Drogenkartelle. Da sind auch Taliban, da sind Milizen. Milizen sind von den US-Amerikanern zum Teil aufgerüstet worden. Da ist auch lokale Polizei, die auch Gefahren sind. Man kann nicht sagen, dass wir dort gescheitert sind. Ich sehe das nicht so. Ich lese

auch nur Studien. Ich habe keinen Kontakt direkt zu Taliban. Sie sind geschwächt. Das entscheidende Problem ist sicherlich, wie sich die Nachbarländer auch zu den Problemen der Taliban verhalten werden, also die große Frage: Wie wird Pakistan sich in Zukunft verhalten? Vor allen Dingen die Kritik an Pakistan. Der dortige Geheimdienst würde den Taliban Rückhalt bieten. Das sind alles entscheidende Fragen. Ich sehe zum Beispiel auch hier Einwirkungsmöglichkeiten Deutschlands mit seiner Außenpolitik, mit diesen Ländern eben auch ins Gespräch zu kommen über genau das.

Ich sehe aber in der Tat, das war auch eine der Fragen, dass sich vor allen Dingen in den beiden Nachbarländern, Pakistan und Iran, durch die neuen Regierungen eine doch offenere Debatte sich jetzt bemerkbar macht, dass beide Länder realisieren, ein destabilisiertes Afghanistan hat auch das Potential, diese Länder zu destabilisieren. Vor allen Dingen Pakistan, aber auch die zentralasiatischen Republiken. Wir arbeiten dort mit all diesen Ländern zusammen in einem großen Regionalprojekt und wir sehen, dass es bei nahezu allen Regierungen, außer definitiv Usbekistan, ein ganz neuartiges Interesse gibt, quasi einen Paradigmenwechsel einzunehmen und Afghanistan nicht nur als Sicherheitsrisiko zu definieren, sondern dort eben auch festzustellen, mit wirtschaftlicher Kooperation lässt sich eben Afghanistan besser stabilisieren. Man kann sich nicht gegen Afghanistan schützen, sondern man muss gemeinsam mit Afghanistan für Sicherheit sorgen. Das ist ein Diskurs, den wir immer häufiger hören, auch im Iran, wo es sicherlich noch vorsichtiger ist. Aber wir arbeiten dort zusammen mit dem iranischen Außenministerium als Stiftung und wir haben dort verschiedene Äußerungen gehört, die uns sehr ermuntert haben. Selbstverständlich ist der Iran der Anwesenheit der US-Truppen gegenüber noch sehr kritisch eingestellt, wird es sicherlich auf langer Sicht auch bleiben, aber man versucht auf unterster pragmatischer Ebene dort auch konstruktive Ansätze zu finden. Das war's, danke.

**Der Vorsitzende:** Vielen Dank. Herr Scholl-Latour bitte.

**Dr. Peter Scholl-Latour:** Ich glaube, wir sollten uns überlegen, mit wem wir es nach dem Abzug der ISAF-Truppen zu tun haben werden. Und alles deutet natürlich darauf hin, es kann natürlich ..... Wir



## Nur zur dienstlichen Verwendung

wissen nicht, welcher Präsident gewählt wird, mir wäre auch Abdullah Abdullah lieber als jeder andere. Aber ob der nun anerkannt wird von der Bevölkerung, ob er laut Stimmzettelzahl gewählt würde, das ist eine andere Frage. Die wesentliche Kraft des Widerstandes sind eben doch die Taliban. Die Taliban, die ein ziemlich unschönes Regime hatten, aber sie waren ja für den Westen durchaus akzeptabel gewesen. Wir vergessen ja völlig, dass die Taliban eine Schaffung, eine Schöpfung des amerikanischen und pakistanischen Geheimdienstes gewesen sind, um Ordnung in ein total chaotisches Land zu bringen, in dem sich die Bürgerkriegsfraktionen nach dem Abzug der Russen bis aufs Blut bekämpften. Und die Taliban haben dann auch einen Blitzfeldzug gemacht. Ich war damals in Herat, die sind schneller da gewesen, als jeder dachte. Und es war schlimm genug. Man konnte sich vorstellen, dass auch bei den Taliban ein gewisser Reifungsprozess inzwischen stattgefunden hat.

Und was die Nachbarschaft betrifft, haben wir niemals die Existenz Irans gesehen. Iran hat den Amerikanern zu Beginn des Krieges weitgehende Angebote gemacht, die man völlig ignoriert hat. Und Iran sorgt im Moment dafür, dass der Westteil Pakistans, um die Provinz Herat, relativ ruhig ist und sich von anderen Zonen im Zentrum und im Osten unterscheidet. Wir gehen immer von der falschen Vorstellung aus, dass die Taliban von Anfang an die Feinde der Amerikaner gewesen sind. Nicht die Taliban haben die Sprengung des US World Trade Centers vorgenommen. Da waren keine Afghanen daran beteiligt. Das war ein saudisches Unternehmen und zwar gesteuert aus einer Gruppe, die ins Land geholt worden war unter Osama Bin Laden, um die Russen zu bekämpfen und dann nachher anschließend auch einen islamischen Gottesstaat herzustellen.

Ich verweise doch nur auf die Blindheit, ich will den Nachrichtendiensten gar nicht den Vorwurf machen, der Regierung, die sich einfach den Erkenntnissen verschlossen haben. Ich bin, als ich mit den Hekmatyār-Leuten, die in einem Stamme Islamisten sind, unterwegs waren, [...] Und das war zu Beginn der Besetzung Afghanistans durch die Russen, die übrigens viel effektiver war als die ISAF-Okkupation heute. Die Russen haben sich gar nicht schlecht geschlagen, wobei niemand sie um Rat gefragt hat,

was auch bezeichnend ist. Und bei diesen Mudschaheddin, da diese taffen Jungs vom Lande, die da mitzogen mit ihrer Kalaschnikow und ihren Maulpferden und Pferden auf Schlängelpfaden, die schrien dann: "Allahu akbar", was normal ist und dann schrien sie damals schon: "(Paschtu) Tod den Amerikanern". Ich habe gesagt, ihr seid verrückt geworden, ihr kämpft hier mit amerikanischen Waffen und amerikanischem Geld. Und dann hieß es eben, die Antwort, das hätte man wissen müssen. [...] nicht westlich, nicht östlich, sondern islamisch. Wir können die Leute nicht in unsere Schablonen hinein pressen. Und wie gesagt, wir sollten mit denen dann eben auch die Verhandlungen führen, die, wenn sich das herausstellt nach und nach, die Macht repräsentieren. Aber wie gesagt, dass die Afghanen für 9/11 verantwortlich gemacht worden sind, liegt nur an dem Umstand, dass Osama Bin Laden, der während des Krieges gegen die Sowjetunion ja den Afghanen zur Seite gestanden hat, als Gast dort behandelt wurde. Aber nach den heiligen Regeln des [...] musste er geschützt werden, konnte gar nicht ausgeliefert werden. Aber die Taliban als solche, Afghanen, denen sind diese Leute von, wie wir nachher gesagt haben, Al Quaida [...]

Was nun die Deutschfreundlichkeit der Afghanen hier betrifft, die ist effektiv vorhanden, obwohl sie etwas nachgelassen hat. Sie drückt sich aber auch dadurch aus, dass in jedes Dorf, in das ich kommen würde, der Dorfälteste zur Begrüßung immer sagte, wir sind ja Brüder, wir stehen uns ja sehr nah, wir Afghanen und wir Deutschen. Wir sind ja Arier. Was gar nicht im nazistischen Sinne gemeint war, sondern in einer ursprünglichen Vorstellung, die ja auf dem iranischen Verständnis gehört. Der Kaiser von Persien trug den Titel „arier merra“, Leuchte der Arier.

**Der Vorsitzende:** Vielen Dank. Herr Ruttig, bitte.

**Dr. Thomas Ruttig:** Ja, vielen Dank. Ich versuche die Fragen ein bisschen zu gruppieren. Und fange mit einer von Herrn Frei an zur Organisation des Landes. Mehr dezentrales oder föderales Afghanistan. Im Grunde müsste man sagen, ja, weil es eine Überzentralisierung gibt, aber auch gekoppelt mit einer mangelnden Effizienz. Aber das ist eben auch eine dieser Fragen, die die Afghanen selber entscheiden müssen. Wo wir vielleicht beitragen können, einen Rahmen zu schaffen, in dem sie das miteinander



## Nur zur dienstlichen Verwendung

diskutieren können ohne dass die eine Partei dann gleich in die Läufe der Kalaschnikows blickt. Weil für die Paschtunen Föderalismus so eine No-Go-Area ist. Die denken immer gleich, das ist Separatismus und man will eben halb Afghanistan weggeben. Das muss über die Funktion der Regierung aus der Zentrale mehr auf die subnationalen Ebenen zu übertragen laufen. Wenn man jetzt Föderalismus machen würde, würden wir nur acht kleine Afghanistans mit Warlords an der Spitze bekommen und dieselben Probleme, kleiner, aber achtfach. Was denken Sie denn, wer in Mazar-e Sharif oder so zum Gouverneur gewählt wurde? Derselbe, der das jetzt ist oder in Durstams Gegend. Und unter denen, weil die auch korrupt sind, ließe dann auch in einer föderalen Struktur nichts viel besser.

Die Frage der Taliban und der Gespräche ist ja mehrfach angesprochen worden. Und es hat, glaube ich, auch etwas mit der Frage von Herrn Nouripour zu tun, der gefragt hat, mit der neuen NATO-Mission und natürlich auch der parallelen, vor allen Dingen auch amerikanischen, mit den Special Forces da auf den Basen; ist das nicht ein Hindernis für regionale Beteiligung an der Suche für eine Friedenslösung. Da kann man nur sagen: Ja. Aber eben auch von der Talibanseite. So lange da noch Soldaten in Afghanistan sein sollten, werden sich unter denen auch Leute finden, die weiter gegen die ausländischen Truppen kämpfen. So lange wie der letzte Soldat noch in Afghanistan ist, auch wenn sich vielleicht eine Mehrheit der afghanischen Bevölkerung, mit Zähneknirschen, wünscht, dass die westlichen Soldaten da blieben. Letztendlich haben sie mehr Angst vor den Taliban als vor den westlichen Soldaten.

Das bringt mich auch zu dem Thema: Sollte man mit den Taliban reden? Was wären die besten Konstellationen? Also bis jetzt hat es ja noch keine ernsthaften Versuche gegeben, mit denen politisch zu reden. Sie haben Ende 2001, Anfang 2002 Angebote gemacht. Während der [...] gab es das mal. Das ist abgelehnt worden. Bush hat gesagt: Wir reden nicht mit Terroristen. Und als wir dann zu der Erkenntnis gekommen sind, auch wieder einen zu späten Wechsel von Strategien, wollten die Taliban nicht mehr, weil sie dachten, sie gewinnen. Und im Moment ist es verfahren. Der Qatar-Kanal, der nur zwischen den USA und Taliban lief, ist tot seit Anfang 2012. Die Taliban wollten nicht mit Karzai reden,

und ob die mit einem Nachfolger, reden wissen wir nicht. Wir müssen uns hier auf einen sehr langen Prozess einstellen, aber wir müssen jetzt anfangen diesen Prozess zu organisieren. Dazu gehört auch, dass die internationale Gemeinschaft ihren Einfluss - noch mit Karzai, der ja weiter da bleiben wird, auch wenn er nicht mehr Präsident ist - dem neuen Präsidenten geltend machen, dass die aufhören, das alles monopolisieren zu wollen und zu verstehen, dass sie auch Teil diese Konflikts sind in Afghanistan. Sie können nicht gleichzeitig Vermittler sein. Sie brauchen von dritter Seite eine Vermittlung. Das wird noch eine Weile dauern. In den Taliban offenbar, glaube ich, sind im Moment die radikaleren Kräfte mehr am Drücker. 2007, 2008, als die Mullah Dadullah, der da nach irakischen Methoden vorgeht, selbst zu ihren eigenen Belangen zu heftig fanden, gab es eine Mehrheit für Gespräche, aber da wollte auf unserer Seite noch keiner.

Jetzt noch ein paar einzelne Fragen, also auch zum Strategiewechsel nochmal. Zu spät ..... ja, ich meine, der Strategiewechsel, dass man in Afghanistan die Landwirtschaft, einer der wichtigsten Bereiche, fördern muss, kam, glaube ich 2007 oder 2008. Die Idee hätte man auch schon 2001 oder 2002 haben können. Und das war noch die Zeit, als die Intervention eben von einer Mehrzahl der Afghanen gewollt wurde. Und die wollten damals u.a. auch demokratische Strukturen. Denn, da muss ich Frau Woltersdorf ein bisschen widersprechen, Afghanistan hat natürlich demokratische Erfahrungen gehabt. In den 50er, 60er Jahren auch mit Wahlen. Die waren überhaupt nicht toll, aber besser als vieles, was danach kam. Man kann da sicher ein bisschen schwer vergleichen. Und auch schlechte Erfahrungen mit Demokratie, aus denen kann man ja etwas lernen. Und was vor allen Dingen schwerer wiegt: Sie haben eben sehr schlechte Erfahrungen mit nicht-demokratischen Regimes: Kommunisten, Mudschahidin und Taliban. Und deswegen glaube ich, dass man diesen Pluralismus, wenn man da etwas machen will, den es in der afghanischen Gesellschaft gibt, politisch, ethnisch, sonstwie fördern muss.

Im Moment ist es so eine Polarisierung: entweder man ist für die Taliban oder ist irgendwie für die Regierung Karzai, dann noch ein bisschen mit Ab-



## Nur zur dienstlichen Verwendung

strichen, Nordallianz und die ehemaligen Mudschahidin, die ja auch zum Teil zusammengehen, zum Teil miteinander arbeiten.

Zum Wahlausgang: Astrologie ist immer einfach, aber ich glaube, man kann wirklich nicht voraussagen, wer nachher gewinnt. Ich glaube, dass es zum zweiten Wahlgang kommt. Wir haben ja die drei Front-Runner. Aber in Afghanistan sind die Wahlen eben nicht, wie bei uns. Mann und Frau gehen an die Urnen und geben eine Stimme ab und hinterher wird gezählt. Wir haben beim letzten Mal mindestens 1,3 Mio. Stimmen gehabt, die gefälscht worden sind; ein Fünftel. Das wird es dieses Mal auch wieder geben. Die afghanischen Institutionen sind nicht besser geworden. Man hat ja sogar Indikatoren abgeschafft von einer unabhängigen afghanischen Wahlkommission, nach denen geguckt wird, welche Wahlurnen gefälscht worden sind, die letztes Mal angewandt worden sind von den Internationalen, die Karzai ja auch rausgeschmissen hat aus der Compliance Commission. Ich finde, gegen vernetzte Sicherheit und Comprehensive Approach als Begriff kann man ja nicht viel sagen. Koordinieren ist toll, alles gleichzeitig zu machen. Die Frage ist halt, ob das wirklich auf Augenhöhe geschieht. Und wir haben einfach gesehen, in den letzten zwölf Jahren, dass sich der militärische Ressourceneinsatz und dann noch Einfluss, wie Politik auf dem Grund da in Afghanistan gestaltet worden ist, immer mehr durchgesetzt hat – zu Ungunsten politsicher Herangehensweisen. Das muss einfach geändert werden. Entwicklungszusammenarbeit muss wieder ein autonomes Politikfeld werden auf Augenhöhe mit der Verteidigung. Und ja, man muss das alles evaluieren. Aber ich glaube, das wird seine Zeit brauchen. Da wird man vielleicht so etwas machen können wie in den USA. Da gibt's den SIGAR – den Special Inspector. Das ist sogar eine Regierungsorganisation. Man kann sich auch vorstellen, das mit Unabhängigen zusammen zu machen; würde ich persönlich besser finden, gerade auch für Deutschland.

Sie fragten auch noch, Herr Nouripour, nach Budgethilfe, wie soll man Korruption eindämmen, konditionalisieren usw. Es muss mehr konditionalisiert werden, aber es darf nicht auf Kosten der afghanischen Bevölkerung gehen, und nicht dieser 50 oder 34 Prozent, die immer noch in Armut leben. Wir müssen identifizieren, wo Geld abgezweigt wird. Und das ist ja im Grunde überall. Es geht halt bis in

die Schulen. Da meldet eine Provinz: Wir haben 800 Lehrer. Sie haben eigentlich bloß 450 und nehmen trotzdem das Geld und stecken es sich in die Taschen. Es wird sehr schwer sein, das rauszufinden, wo man da mal die Schraube ansetzen muss, aber man kann es nicht durchgehen lassen. Und der Ansatz müsste sein, mit dem neuen Präsidenten zu reden, da endlich mit Reformen durchzugreifen. Allerdings ist er natürlich das Produkt dieses korrupten Systems, des Systems „Karzai“, muss man auch sagen. Das geht nicht weg. Karzai wird immer noch als graue Eminenz da bleiben, der geht ja nicht nach Indien Bücher lesen.

**Der Vorsitzende:** Herr Köhler bitte.

**Jan Köhler:** Eine Sache vorweg, wozu ich sprechfähig bin und wozu ich nicht sprechfähig bin: Wenn ich von Korruption rede, von Sicherheit rede, von Stabilität rede, interessiert mich da zunächst als Indikator erstmal nicht, ob westliche Journalisten oder Abgeordnete sich mehr oder weniger sicher fühlen, wenn sie in das Land reisen. Das meine ich ganz ohne Ironie, sondern wissenschaftlich interessieren mich Indikatoren, ob die Sicherheit aus afghanischer Perspektive besser wird. Also da interessiert mich, ob der Distriktmanager für Entwicklung in seine fünf Dörfer zurück kann und mir zurück meldet, nach der Übergabe der Verantwortung an afghanische Kräfte, dass er, der fünf Jahre nicht dort arbeiten konnte, jetzt wieder dort arbeiten kann, dass die CDCs funktionieren und er an Leib und Leben nicht mehr gefährdet ist. Genau das Gleiche würde jetzt für die Diskussion Korruption gelten. Da interessiert es mich erstmal, dass man danach auch einen Schritt zurücktreten kann und sagen kann „Ist das kompatibel mit dem, was uns wichtig ist? Ist das kompatibel mit dem, was vermittelbar ist an deutsche Steuerzahler?“ Das ist eine Frage, die nachgeordnet ist. Aber erstmal geht es mir darum, das zu erfassen. Und da haben wir Methoden, mit denen wir das machen, indem wir sowohl Umfragen mit unseren lokalen Teams, mit denen wir seit 2003 arbeiten, [...] Und ich selbst reise eben auch immer noch jedes Jahr in alle Distrikte, die wir besuchen. Einige Dörfer kann ich selbst nicht mehr besuchen, aber das würde ich jetzt nicht als Indikator nehmen, dass sich allgemein die Sicherheit dort verschlechtert hat.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

Nun zu den Fragen. Ich kann natürlich nicht alles abarbeiten, das, was vielleicht noch übrig ist. Grund für Erfolge in Sachen von Afghanen zurückgemeldeter Entwicklung. Das kann ich nicht historisch abschließend jetzt hier betrachten, aber eine ganz wichtige Sache, wir arbeiten hauptsächlich im ländlichen Raum, von dem ja gesagt wurde, dass er eigentlich sehr wenig abbekommen hat. Es gibt gerade in den Distrikten, in denen die Bevölkerung große Erfolge zurückmeldet, funktionieren Dinge, wie das NSP, also diese Entwicklungsräte, die gegründet wurden, das „National Solidarity Program“, ein „Bottom-Up“-Prozess. Ein Prozess von unten, der eine Legitimation hat, die ich gar nicht für möglich gehalten hatte, 2003, als Ethnologe damals noch, sehr skeptisch gegenüber diesen „Institution Engineering“-Ansätzen, die gemacht wurden, die aber gegriffen haben. Und in dem jetzt halt die Bevölkerung der Meinung ist, dass ihre Stimme gehört wird und dass sie bestimmte Priorisierungen durchführen können und Entwicklungen durchführen können. Das sind natürlich alles Entwicklungen, die stattfinden, die wenig mit nachhaltiger Wirtschaftsförderung zu tun haben, sondern hauptsächlich eben Dorfinfrastruktur, Elektrizität – es ist massiv etwas passiert in dem Bereich –, Basisdienstleistungen usw. Da ist wirklich viel passiert. Aber wir sehen eben auch, dass dort, wo staatliche Administration auf Distriktebene, und das ist die Ebene, in der die meisten Afghanen ihren Staat sehen, nicht in Kabul, nicht in dem Provinzzentrum, auf Distriktebene, dort, wo staatliche Administration besser funktioniert, als in anderen Distrikten. Und da gibt es dezidierte Unterschiede. Da wird das auch stärker angenommen und hat der Staat auch eine größere Legitimationsdividende. Das ist, glaube ich, auch ganz wichtig.

Mir liegt wirklich daran, auf der Grundlage unserer wissenschaftlichen Forschung, und das ist ja auch eine Art, realistisch zu sein, Herr Scholl-Latour, darauf mitzuteilen, was funktioniert, was nicht funktioniert und warum es nicht funktioniert und warum was dann funktioniert. Das ist, glaube ich, ganz entscheidend, damit man das Land nicht einfach abschreibt. Seit 2003 und vorher, zehn Jahre in der post-Sowjetunion.

Zu einigen anderen Fragen: Stadt und Land – da sind die Dynamiken wirklich sehr unterschiedlich. Der ökonomische Schock, der jetzt ansteht durch

den Abzug der Militärwirtschaft, wird vermutlich sehr stark zunächst einmal die Städte treffen. Und das Land, das doch immer noch sehr stark selbstversorgend, wenn auch sehr arm ist, wird da vermutlich diesen Schock, wenn erst später, indirekt auszuhalten haben.

Zum Friedensprozess: Da ist Thomas Ruttig sowieso sehr viel kompetenter und hat, glaube ich, auch schon gesagt, was zu sagen war. Also, diese Aussagen, die Fragen, ob der gesamte Einsatz gescheitert ist, das hängt eben wirklich davon ab, also auch wieder letzten Endes würde ich zuerst die Afghanen fragen, ob es gescheitert ist. Ich meine, ich würde auch solche Aussagen ernst nehmen, die von zwei Distriktmanagern gesagt wurden: guck dir meinen Distrikt doch an. Ich habe in den letzten zehn Jahren mehr Entwicklung hier gesehen als vorher in 100 Jahren. Der war nicht 100 Jahre alt, aber die beiden waren durchaus alt genug, um das beurteilen zu können. Und das ist nicht für das ganze Land hochzusetzen. Ich will hier keine Jubelrede halten, aber ich meine, das ist bisher, denke ich, zu kurz gekommen, dass es diese Wahrnehmung vor Ort eben auch gibt und dass die Leute erklären können, warum sie der Meinung sind, dass sich bestimmte Sachen verbessert haben. Entscheidend ist die Nachhaltigkeit dessen, was bisher erreicht wurde.

Habe ich noch eine Minute? Strategiewechsel kann ich nur unterstützen. Es gab sicherlich eine „golden hour“. Natürlich kann man Geschichte, und das ist unwissenschaftlich, was ich jetzt sage, weil man Geschichte nicht im Konjunktiv vergleichend noch einmal durchdeklinieren kann. Aber es sieht schon so aus. Also 2003, als wir da angefangen haben im Norden - Thomas Ruttig war zu der Zeit hauptsächlich in paschtunischen Gebieten -, das kann ich nur bestätigen. Die Bereitschaft, sich zu verändern, auch auf Seiten der so viel gescholtenen Kommandeure. 5.000 Mann haben sich entwaffnen lassen, ist in die Politik gegangen, ist mittlerweile völlig abgeschlossen in [.....]. Leute, die da eben auch ein persönliches Risiko auf sich genommen haben, weil sie eigentlich gesehen haben, dass ihre Zeit gekommen war. Die Bereitschaft war groß. Nicht nur auf Seiten der Bevölkerung, auf Seiten der gewaltfähigen Akteure, sich dort zu bewegen.

Die Taliban – gut, da bin ich nun wirklich kein Experte –: Es sieht so aus, oder es ist sehr plausibel,



## Nur zur dienstlichen Verwendung

dass aus einer Position der Schwäche heraus sehr viel leichter ein sinnvoller politischer Friedensprozess, an dem ja letzten Endes alles hängt, [.....]. Also diese ganzen kleinen militärischen Erfolge und hier mit Sicherheit ein bisschen besser, und hier mit Sicherheit ein bisschen schlechter, und hier kommt Entwicklung an und da nicht an. Das ist ja alles Makulatur, wenn im nächsten Jahr halt tatsächlich Bürgerkrieg wieder ausbrechen sollte. Entlang welcher Linien auch immer.

Und dazu vielleicht noch eine Nebenbemerkung, das schließt aber auch wieder an etwas an, das schon gesagt wurde. Föderalisierung – da bewegt sich anscheinend innerhalb der afghanischen Regierung so ein bisschen was, aber das war bisher wirklich immer so eine Art Auslöser für Schreiorgien, auch bei Regierungsverhandlungen, soweit ich das mitbekommen habe. Wenn von deutscher Seite diese Vorschläge gebracht wurden, die von Afghanen, vor allen Dingen von paschtunischen Afghanen, dann so interpretiert wurden, als dass hier das Land zerlegt werden soll, war das ein rotes Tuch. Es sieht so aus, dass sich da ein bisschen was bewegt, vielleicht nicht Dezentralisierung, aber doch die Concentration of Power. Also es ist ja faktisch der Fall. Auf dem Papier ist Afghanistan ein zentralistischer Staat, faktisch ist Afghanistan ja alles andere als ein zentralistischer Staat. Die politische Macht und die Entscheidungsfähigkeit und die Gestaltungsfähigkeit liegen halt unterschiedlich. Das möchte ich noch abschließend sagen, weil es auch gleich klingelt: Ich würde warnen, alles in einen Topf zu werfen und zu sagen, nur weil irgendjemand irgendeine Form von Gestaltungsmacht welcher Art auch immer hat, ist er ein Partner. Das ist so deutlich nicht gesagt worden, aber es gibt schon dezidierte Unterschiede zwischen ehemaligen Gewaltakteuren, die sich in dem politischen Raum bewegt haben und dort verhandlungsfähig geworden sind, und Leuten, die halt immer noch tatsächlich hauptsächlich über Terror- und Willkürherrschaft Gewalt anwenden. Und es lohnt sich, da genauer hinzugucken und zu schauen, in welche Richtung sich diese gestaltungs-fähigen Akteure bewegen. Und das wird ja auch gemacht. Es ist ja nicht so, dass der Westen so dämlich oder so blind ist - wenn ich mir angucke, wie differenziert in dem Bereich, den ich in Afghanistan besser kenne, dann doch reagiert worden ist auf unterschiedliche Akteure.

**Der Vorsitzende:** Danke sehr. Herr Jäckel, bitte.

**Otto Jäckel:** Herr Frei und Herr Nouripour haben meiner Meinung nach ganz wichtige Fragen gestellt – nämlich die Fragen einer möglichen Einbeziehung der Taliban und nach dem Aussöhnungsprozess. Die Frage ist ja, würde es nach dem Abzug der Truppen einen neuen Bürgerkrieg geben? Wird es einen neuen Versuch der Taliban geben, die Macht im Staat wieder zu erobern und an sich zu ziehen? Und ich meine, die Antwort darauf kann nur sein, das kann nur verhindert werden, wenn die Taliban einbezogen und an der Macht beteiligt werden, wenn es einen Aussöhnungsprozess gibt, der zum Frieden im Land führt, zu einem Ausgleich der Interessen. Das ist meiner Meinung nach die Basis für jede Entwicklung und für alles, was wir über Antikorruption usw. und good governance diskutieren. Insofern ist vielleicht von Bedeutung, ich habe mit [.....], dem ehemaligen Regierungssprecher der Taliban gesprochen. Ich habe auch mit [.....], dem ehemaligen Außenminister der Taliban gesprochen. Und bei aller Vorsicht, mit der man Aussagen genießen muss, meine ich schon, dass hier ein gewisser Prozess des Nachdenkens und eine realistische Betrachtungsweise eingekehrt sind. Sicherlich muss man hier differenzieren bei den verschiedenen Kräften der Taliban. Wahrscheinlich wird es so sein, dass [.....] immer noch davon ausgeht, dass er wieder Emirats in Afghanistan herstellen kann mit ihm persönlich an der Spitze.

Es gibt aber durchaus andere Personen, die da eine realistischere Einschätzung haben. Und die letzten Zwei, mit denen ich gesprochen habe, scheinen mir dazuzugehören. Beide waren sehr selbstkritisch, was ihre Politik in der Vergangenheit, insbesondere gegenüber Frauen, und in der Kulturpolitik angeht, und beide haben befürwortet, Verhandlungen über einen Waffenstillstand zu führen.

Ich habe die Frage eines Waffenstillstandes auch mit Herr Botschafter König angesprochen. Er sagte ja, er ist auch für einen Waffenstillstand und ich habe gesagt, ein Waffenstillstand wäre doch der erste Schritt insbesondere im Hinblick auf die jetzt bevorstehenden, Präsidentenwahlen, das würde ja die Voraussetzungen für einen ruhigen Ablauf der Wahlen begünstigen, wenn zunächst mal die Waffen schweigen. Er sagte ja, er ist auch für einen Waf-



## Nur zur dienstlichen Verwendung

fenstillstand, am Wahltag. Bis dahin werde gekämpft. Und ich glaube, das ist genau die falsche Herangehensweise. Wir müssen diese Gesprächsangebote, die es gibt, aufgreifen und den Versöhnungsprozess aktiv gestalten. Und dazu gehört einfach, dass man miteinander redet. Die Taliban, mit denen ich gesprochen habe, haben insbesondere auf den Vorfall von 2009 verwiesen, als sie im Bereich Kunduz den Versuch gemacht haben sich, mit Hilfe eines Journalisten an die deutschen Truppen zu wenden und einen Vorschlag zu machen für einen begrenzten Waffenstillstand in Kunduz, um zu sehen, wird das funktionieren. Dann kann man das auch auf andere Regionen ausweiten und auf das ganze Land. Die Reaktion war, dass Oberst Klein diese Nachricht entgegengenommen hat und anschließend wurde ein „Killteam“ der US-Armee, der Spezialkräfte, dorthin geschickt und hat diesen Schattenkommandeur der Taliban von Kunduz liquidiert. Ich glaube, dass das genau die falschen Signale sind. Wenn wir zu einem Frieden in Afghanistan kommen wollen, dann müssen wir daran denken, die Machtkonzentration, die derzeit besteht, und bei der ich keine Änderungstendenzen sehe, egal ob jetzt Aschraf Ghani oder Abdullah Abdullah der neue Präsident werden, oder vielleicht doch Herr Rasul, der Lieblingskandidat von Herrn Karzai. Entscheidend wird sein, dass, egal welcher der drei Kandidaten Präsident wird -, es werden weiterhin die ehemaligen Kräfte der Nordallianz die ganze Macht behalten. Und das ist keine Voraussetzung für einen Aussöhnungsprozess in Afghanistan. Es gibt viel mehr politische Kräfte in Afghanistan, auch viel mehr Kräfte als die Taliban. Es gibt die Schiiten, die zu berücksichtigen sind mit ihren besonderen Interessen und ihrer besonderen Orientierung auf den Iran - Herr Scholl-Latour hat das auch angesprochen -, und insofern meine ich muss es hier ein gemeinsames Gespräch aller Kräfte geben. Und diese Gespräche müssen letztendlich darauf hinauslaufen, sich darauf zu einigen, eine Übergangsregierung zu bilden, an der alle politischen Kräfte beteiligt werden.

Ich glaube, nur das ist die Voraussetzung dafür, dass es tatsächlich zu einer effektiven Teilung der Macht in Afghanistan kommt, und das ist für mich auch die Basis der Aussöhnung.

Ein Wort noch zu dem, was Herr Gehrcke sagte. Natürlich führt niemand einen Krieg wegen eines Attentats; und der Krieg gegen Afghanistan ist ja auch nicht wegen 9/11 geführt worden, Herr Scholl-Latour hat das eben gerade nochmal sehr plausibel und deutlich gemacht. Und wenn wir die Frage des Terrorismus anschauen, dann müssen wir erstens feststellen: Auch die US-amerikanische Regierung redet nicht mehr von „War“ und „Terror“. Und wenn wir die neuesten Nachrichten hören, die uns der Bundesnachrichtendienst bietet, dann machen wir uns große Gedanken darüber, über die vielen jungen Leute, die aus Deutschland nach Syrien ziehen, dort an den Kämpfen teilnehmen und wieder zurück kommen. Dort haben wir ernstzunehmende Terrorgefahren, die wir in den Griff bekommen müssen. Und das verdeutlicht auch, dass man das nicht dadurch beantworten kann, dass man gegen irgendeinen Staat, von dem nicht einmal nachgewiesen werden konnte, dass dessen Regierung an diesen Attentaten effektiv beteiligt war, mit Krieg überzieht. Das ist, meine ich, auch eine wesentliche Schlussfolgerung, die wir zu ziehen haben. Wenn wir sagen „Lessons learned“, dann gehört auch dazu, dass hier das Völkerrecht zu beachten ist und zu beachten ist, dass 2001 keine Situation bestand, die einen Selbstverteidigungskrieg der USA nach Artikel 51 der UN-Charta gerechtfertigt hätte.

**Der Vorsitzende:** So, nunmehr wieder zu den Kollegen. Das erste Wort hat nun Herr Dr. Gauweiler und dann Kollege Dr. Schmidt.

**Abg. Dr. Peter Gauweiler (CDU/CSU):** Herr Vorsitzender, verehrte Kollegen, ich darf mich auch meinerseits für diese neue, sehr informative Antwortrunde bedanken. Ich sehe das als Anfang einer in vielen Abschnitten notwendigen Generalausprache des Bundestags über die Aufarbeitung dieses größten Bundeswehreininsatzes in der Geschichte der Bundeswehr. Die Deutsche Presse Agentur hat gestern eine Meldung verbreitet. Das einstige Feldlager Kunduz verfällt. Sechs Monate nach der Übergabe an die afghanischen Sicherheitskräfte ist das einstige deutsche Feldlager bei Kunduz am Verfall. Das Camp soll teilweise überschwemmt sein, die Versorgung mit Elektrizität funktioniert nicht mehr, die Straßen aufgerissen und die sonstige Logistik der Anlage zerstört. Man hat ein bisschen den Eindruck, dass dieser Bericht, der eine Situation angeht, die ein Lager, das vor sechs Monaten von der



## Nur zur dienstlichen Verwendung

Bundesregierung, in Anwesenheit von zwei Bundesministern an die afghanischen Streitkräfte und an die afghanische Polizei übergeben worden ist, so eine Art Panorama, dessen darstellt, was auf unser Engagement in Afghanistan zukommt oder wie dieses abzubilden ist. Das ist nicht wirklich gut.

Und die Frage ist, welche Konsequenzen wir daraus ziehen. Zum einen glaube ich müssen wir auch jetzt in der Anhörung mit Ihnen zwei Dinge unterscheiden: Das Eine sind die Informationen, die Sie uns geben zur Beurteilung der Lage, aber das Andere ist, wir sind ja nicht für Afghanistan zuständig. Wir sind für Deutschland zuständig. Für die Bundeswehr. Für die Zahlungen Deutschlands an die Entwicklungshilfe. Für die 250 Mio. Euro Steuergelder für das Feldlager Kunduz, um nur ein Beispiel zu sagen. Politik ist Richtungsbestimmung. Was ist da falsch gelaufen? Ich meine, in gewisser Weise müsste der Bundestag eine Untersuchung gegen sich selbst einführen - Anwesende ausgenommen natürlich, weil man ja blind und taub gewesen sein musste in den letzten Jahren, diese Entwicklung nicht zu sehen. Dr. Scholl-Latour hat ja zu Recht darauf hingewiesen, dass viele dieser Vorträge schon vor Jahren hätten gehalten werden können. Bei einigermaßen informierter Zeitungslektüre. Trotzdem haben, Sonderfall DIE LINKE., sorry, größtenteils mitgemacht; nicht aus bösem Willen, sondern weil man da in diesem Zug mit drin war. Und das ist eigentlich der Punkt, auf den sich meine Aufmerksamkeit richtet. Wie kann man erfahren - Kollege Nouripour hat gesagt, das war eine ganz wichtige Frage -, wann hätten wir die Strategie denn ändern sollen? Und genau das ist die Frage. Ich frage auch mal Sie, das war im vorigen nicht böse gemeint, mein Zwischenruf, seit wann schreiben Sie Berichte aus Afghanistan? Antwort seit 2003. Wenn Sie jetzt heute in der Rückschau selbstkritisch Ihre ganzen Berichte anschauen, die Sie nach bestem Wissen und Gewissen erstellt haben: wo würden Sie jetzt heute sagen, ab da ist die Jacke eigentlich falsch eingeknüpft? Da habe ich angefangen, mich selber zu täuschen?

**Der Vorsitzende:** Nun Kollege Dr. Schmidt.

**Abg. Dr. Frithjof Schmidt (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Ja, die Frage sozusagen, was ist in der Vergangenheit schiefgelaufen, ist ja auch schon mehrfach gestellt worden, finde ich auch eine wichtige Frage.

Ich möchte aber zwei Fragen für die Zukunft stellen, weil es ja auch da dann im Bundestag wieder Diskussionen geben wird. Was für eine Politik machen wir da? Zwei Fragen, eine zum militärischen Bereich und eine zum Bereich der Entwicklungspolitik. Das Eine ist im militärischen Bereich - ich sage das jetzt mal in meinen Worten -, habe ich das so verstanden: Die NATO sagt, wir ziehen die Kampftruppen ab, machen aber danach noch eine Ausbildungsmission für afghanische Sicherheitskräfte und die afghanische Armee, die USA ergänzen das und sagen, da machen wir auch mit, aber wir machen auch noch separat etwas. Wie früher auch schon bei „Operation Enduring Freedom“, d.h., die werden mit Spezialeinheiten weiter Aufstandsbekämpfung machen. Sie werden die Dronenkriegsführung, die ja nicht die US-Armee, sondern mit einem anderen Hut die CIA macht, weiterführen. So habe ich das verstanden. Also das ist das Konzept auf der Ebene und in Bezug auf Deutschland stellt sich ja die Frage, beteiligt sich die Bundeswehr mit 600 bis 800 Soldaten an einer Ausbildungsmission für die afghanischen Sicherheitskräfte.

Meine Frage ist: Wie beurteilen Sie das Gesamtkonzept, was da auf dem Tisch liegt, zum Einen? Sehen Sie da eine entsprechende Abstimmung oder sehen Sie da eben auch einen entsprechenden Widerspruch, dass also zum Beispiel die Fortsetzung von „Counter Insurgency“ die Ausbildungsmission durchaus konterkarieren kann, weil man natürlich in dieser Situation eine politische Lösung nicht unbedingt betreiben kann, und vielleicht die Kräfte, die die Ausbildung betreiben, damit auch zu einem privilegierten Ziel macht? Und die andere Frage ist: Wenn wir uns die Situation der Bundeswehr vorstellen, wir sagen, so 600 bis 800 Soldaten machen da zusammen mit anderen in einer größeren Mission die Ausbildung, die ist im Augenblick von der Perspektive her auf zwei Jahre angelegt - halten Sie das für eine sinnvolle und überschaubare Perspektive? Wie weit sehen Sie die Gefahr, dass das das ist, was man im Englischen einen „slippery slope“ nennt, also eine rutschige Ebene, wo man drauf tritt und dann rutscht man weg und landet irgendwo, wo man nicht hin wollte? Also das Beispiel, nach zwei Jahren sagt man, das war ja alles viel schwieriger als wir uns das vorgestellt haben. Das muss vielleicht doch sechs Jahre dauern und kommt in eine Situation - wenn weiter Aufstandsbekämpfung getrieben



## Nur zur dienstlichen Verwendung

wird -, wo man auch eine Schwierigkeit hat, das abzugrenzen. Also sehen Sie diese Probleme oder würden Sie sagen, das ist aus Ihrer Sicht ein unproblematischer Auftrag unter den jetzigen Bedingungen?

Und die gleiche Frage zur Entwicklungspolitik. Es wird ja gesagt, die Transformationsdekade ab 2015, der Fokus muss auf Entwicklungspolitik liegen. Aber eine entscheidende Rahmenbedingung für die Entwicklungspolitik – mal unabhängig von den Sicherheitsfragen – ist ja die Finanzierung des afghanischen Staates. Und da würde mich schon die Perspektive, die Einschätzung von Ihnen interessieren. Zum einen: die afghanischen Sicherheitskräfte können ja nicht aus dem Staatshaushalt finanziert werden. Das ist ja eine große Summe an Transferleistungen. Man spricht im Augenblick von vier Milliarden, es könnten auch sechs Milliarden sein, weiß man nicht so genau. Aber die Dimension steht in etwa fest. Und zweitens sind natürlich die Steuereinnahmen des afghanischen Staates, die ja dann für die Staatsaufgaben auch verwendet werden, in einem erheblichen Maße von dem abhängig, was wir bisher, ich will es mal eine Stationierungsökonomie nennen. Das heißt also, die hohe Präsenz hunderttausender ausländischer Soldaten bringt sozusagen ökonomische Stimulanz, die kaufen was, die haben Versorgungsleistungen, aber die werden ja jetzt abgezogen. Die gehen ja runter von 100.000 auf 10.000. Das wird ja auch massiven ökonomischen Einbruch in bestimmten Bereichen bringen. Wie sehen Sie die Perspektive vor diesem Hintergrund für unsere entwicklungspolitischen Konzepte? Es gibt ja ein Konzept langfristig mit der Tokio-Konferenz, wo man sagt, wir haben einen bestimmten Bedarf. Halten Sie den Bedarf, der in Tokio festgelegt wurde, eigentlich für realistisch oder wird unter diesen Bedingungen, die ich umschrieben habe, nicht ein viel höherer Bedarf sein? Und muss man nicht umgedreht auch die Konzepte, die wir haben, die bisher von einer bestimmten finanziellen Ausstattung des afghanischen Staates ausgehen, dieser neuen Situation ganz anders anpassen? Also müssen wir nicht unsere entwicklungspolitische Konzeption überdenken und verändern? Und was wären da für Sie die zentralen Punkte?

**Der Vorsitzende:** Okay, Frau Motschmann.

**Abg. Elisabeth Motschmann (CDU/CSU-Fraktion):** Es gibt ja zwei Blickwinkel, aus denen man diese

Frage betrachtet. Der eine ist, was haben wir davon? Was haben wir gewonnen, wirtschaftspolitisch, sicherheitspolitisch, Bekämpfung des Terrors im Land, in der Welt? Der andere Blickwinkel, den ich mir jetzt mal leiste, ist: Was hat es den Menschen im Land gebracht? Und da würde ich Sie gerne noch einmal fragen, Frau Woltersdorf: Ist es richtig, dass vorher eine knappe halbe Million Kinder eingeschult waren und heute knapp zehn Millionen? Ist es richtig, dass heute Mädchen ebenso lernen können wie Jungen? Ist es richtig, dass 25 Prozent der Kandidaten bei der Wahl Frauen sind? Ist es richtig, dass die Gesundheitsversorgung von Müttern und Kindern sich nicht auf einen Standard hinbewegt hat, den wir hier kennen, aber doch deutlich besser ist? Ist es richtig, dass die Wasserversorgung heute eine andere ist als vorher, Elektrizität heute anders ist als vorher? Diese Frage kommt mir etwas zu kurz in der Diskussion, und eine zweite übrigens auch. Die ist ernst. Dazu werden Sie, Herr Scholl-Latour, vieles sagen können. Wir reden zu wenig über die religiösen Konflikte, die natürlich im Hintergrund eine massive Rolle spielen. Und die religiösen Konflikte können sehr viel wieder in Frage stellen, sehr viel wieder kaputt machen von dem, was vielleicht mühsam auf der einen Seite aufgebaut wurde. Ich nenne nur das Stichwort Frauen und Mädchen, ihre Rechte, ihre Möglichkeiten. Aber wenn die Bildung zugenommen hat der Menschen in diesem Land, und nur über Bildung werden wir auch einen Partner bekommen, mit dem man vieles andere dann machen kann, dann wäre zumindest an der Stelle eben doch die Sicht nicht so negativ.

**Der Vorsitzende:** Herr Kollege Nouripour. Sie werden gleich antworten. Jetzt kommt nur noch eine Frage und dann kommt wieder eine Antwortrunde.

**Abg. Omid Nouripour (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Ich habe ein paar Fragen. Das Eine ist: Mich würde einfach Ihre Einschätzung interessieren, welche Rolle Gouverneur Atta spielen wird, womöglich auch landesweit, in den nächsten Jahren oder, sagen wir mal, ab dem Abzug 2015? Ist ja nicht unwichtig, gerade für die Region, für die die Deutschen die letzten Jahre die Verantwortung getragen haben. Die zweite Frage ist die Ausbildung der Polizei. In den ersten Jahren war Deutschland ja die hauptverantwortliche Nation für den Aufbau der Polizei, und es sind noch viele freiwillig mit hoher Motivation hingegangen. Unter dem Strich muss man sagen, dass



## Nur zur dienstlichen Verwendung

es einfach auch Versagen gegeben hat. Das hat aber was mit dem Ansatz zu tun. Deshalb hat man ja auch umgeschwenkt. Wie geht es da weiter? Gerade auch vor dem Hintergrund, dass wir, glaube ich, erst heute, ich würde sagen 25 Jahre, IPM feiern dürfen. Daraus erwachsen ist ja auch damals die Frage der „Lead Nation“. So das Prinzip an sich - war das falsch, „Lead Nation“ so zu formulieren? Ich erinnere mich nur noch, Frau Woltersdorf, Sie haben einmal gesagt, „Lead Nation“, das kann ja nur der Afghane sein. Oder andersrum: Macht es nicht Sinn, gerade jetzt „Lead Nation“ zu formulieren für einzelne zivile Sektoren? Die Deutschen machen dann Lehrerausbildung oder Bildung, die Japaner kümmern sich um Landwirtschaft, alles jetzt natürlich gegriffen als Beispiel. Macht das Sinn oder macht das keinen Sinn?

Herr Ruttig, Sie haben vorhin etwas gesagt, was sehr spannend war, was mir auch an solchen Gedanken neu war, nämlich die Frage der Wehrpflicht. Ist das überhaupt noch ein Thema? Macht das noch Sinn? Ich habe Sie so verstanden, dass die Wehrpflicht am Anfang sowas hätte sein können wie ein identitätsbildender Faktor, weil ja alle verschiedenen Ethnien und Schichten alle gemeinsam in eine Armee reingekommen wären. Ist das überhaupt noch denkbar heutzutage? Oder ist es auch dafür längst zu spät?

Drogenbekämpfung. Das ist ja nun der ultimative Punkt, an dem auch Herr Gauweiler zugeben müsste, dass es was mit uns zu tun hat. Gibt es da irgendeinen Ansatz? Gibt es da irgendeine Perspektive, wie es da weitergehen kann? Da ist ja ganz viel schief gelaufen. Wenn Delta Forces kommen, ein Feld abbrennen und gehen, braucht man sich nicht wundern, dass die Taliban nicht nur mit zehn Dollar am Tag, sondern auch mit Motorrad natürlich dann die Gunst derjenigen, die keine andere Perspektive haben, bekommen können. Aber gibt es irgendeine Perspektive, wie es jetzt weitergehen kann?

Dieselbe Frage ist natürlich für die Frauenrechte. Gerade in den urbanen Zentren gibt es ja sehr viele Aktivitäten, sehr viele Vereinigungen, Bewegungen usw. und so fort. Da ist ja eine immense Unsicherheit. Wird das überhaupt, gerade vor dem Hintergrund dessen, was Herr Jäckel hier gesagt hat - nämlich einen Gedanken wie „Powersharing“ mit den Taliban -, [.....]? Ist es nicht einer der ersten Punkte,

die dann unter die Räder kommen? Oder gibt es irgendwelche Denkmodelle, in denen sozusagen Blasen geschaffen werden, damit Kabul so bleibt wie es bleibt, Mazar so bleibt, wie es bleibt? Und dann gibt es eine Machtteilung mit den Taliban in Teilen des Landes, und die können dann da machen, was sie wollen. Und das ist ja in der Tat so, dass einige Taliban anders sprechen über die Frage der Mädchenschulen, als sie es vor zehn Jahren gemacht haben. Wie sieht es da eigentlich aus?

Dasselbe gilt natürlich auch für die auch wiederum nur in den urbanen Zentren halbwegs blühende, auch gut privatisierte, Medienlandschaft. Es gibt ja ein paar sehr spannende Fernsehsender, in denen hochkritische Diskussionen nicht nur erlaubt sind, sondern auch wirklich erlebbar sind. Es gibt auch Radiosender, die sehr spannend sind, die halt leider nicht landesweit gehört werden können. Auch dort gibt es eine sehr große Unsicherheit bei den Akteuren. Wie kann man denen helfen?

Und letzte Frage: Wir haben ja jetzt trotz all der Schwierigkeiten in den letzten Jahren eine Generation, die das erste Mal seit vier Dekaden so etwas wie Frieden und Ruhepausen erlebt hat und Atempausen erlebt hat. Die auch teilweise gut qualifiziert ist, die wirklich auch optimistisch weiter in die Zukunft guckt, die zu Fußballspielen geht, die vor 15 Jahren noch undenkbar gewesen wären. Dieselbe Frage, die ich jetzt gerade gestellt habe über die anderen, gilt für die auch. Was müssen wir tun, um diesen Leuten zu helfen, damit das immense Potential, was in den letzten Jahren gewachsen ist, genutzt werden kann?

**Der Vorsitzende:** Ich würde mich vielleicht gerne noch mit einer allgemeinen Frage anschließen und dann haben wir wieder eine Antwortrunde.

Wenn man die letzten 12 Jahre einmal betrachtet, von dem, was die Zieldefinition dieses Engagements sein muss, nämlich eine durch politische, soziale, wirtschaftliche Entwicklung, eine mehr oder weniger friedliche Selbstständigkeit Afghanistans zu erreichen, wenn ich das mal als Ziel nehme und damit auch als Maßstab, dann stellt sich, auch nachdem was Kollege Gauweiler gesagt hat, eine Anfangsalternative. Nämlich: Ist das überhaupt ein Ziel, das ich mir setzen kann realistischerweise oder



## Nur zur dienstlichen Verwendung

– etwas platt gesprochen – lass ich die Finger davon? Das ist eine grundlegende Weichenstellung offensichtlich. Wenn ich mich jetzt einmal auf den Pfad begeben, dieses Ziel erreichen zu wollen, möchte ich zwei Fragen an Sie richten.

Die erste Frage: Ist dann nicht tatsächlich zwei Jahre, im Sinne von Frau Woltersdorf, im Hinblick auf dieses Ziel, ein nicht sehr langer Zeitraum? Jedenfalls kein Zeitraum, der Zielerreichung als realistisch erscheinen ließe. Sondern da muss man sicherlich noch einmal den gleichen Zeitraum hinzunehmen. Ist das eine realistische Zeit? Man wird nie die Zukunft sozusagen dimensionieren, aber wenn man das Ziel erreicht, dann heißt es, dass es ein ganz langes Engagement ist. Und dass zwölf Jahre vielleicht etwas mehr erreichbar hätten sein lassen können, aber jedenfalls nie sozusagen der Erfüllungszeitraum sein konnte. Und wenn man das als Ziel nimmt, mehr oder weniger friedliche Selbstständigkeit, sehen Sie dann eine Alternative zu der dynamischen Struktur dieses Engagements mit den Stufen am Anfang, militärische Zerstörung von Afghanistan als Basis des internationalen Terrorismus Stufe I? Und dann eine relativ starke militärische Präsenz, die aber immer weiter zurück geht und ersetzt wird durch zivile Aufbauhilfe. Da sind wir jetzt Ende 2014 an einer Zäsur, wo merklich die militärische Präsenz abgebaut wird, nicht beendet werden soll nach unserer Vorstellung, aber doch signifikant sozusagen ein Einschnitt erfährt und signifikant das Zivile aufgebaut werden soll. Und bis am Ende sozusagen militärisch im Grunde gar nichts mehr da ist, sondern nur noch die zivile Hilfe, die dann in die Selbstständigkeit führt. Jetzt gibt es auf diesem Strahl ganz sicher - das kann ja gar nicht anders sein - notwendigerweise, unvermeidbarerweise Fehler, weil wir so etwas im Grunde noch nie gemacht haben. Man muss immer lernen. Man macht Fehler. Das ist auch politisch anstrengend, aber unvermeidbar. Das gehört zu der Anfangsfrage: Wollen wir uns überhaupt dem Ziel stellen? Aber würden Sie zu dieser Struktur, wenn man sich dem Ziel verschreibt, eine substantielle Alternative sehen? Also nicht die Frage, was haben wir jetzt in einzelnen Phasen vielleicht mal falsch und mal richtig gemacht, sondern sehen Sie dazu, weil wir sind ja dann noch nicht am Ende, sehen Sie dazu eigentlich eine prinzipielle Alternative?

Herr Scholl-Latour, es drängt Sie, darum sollten Sie jetzt auch beginnen.

**Dr. Peter Scholl-Latour:** Gut. Ich will nicht immer nur als die Unke hier sitzen, aber ich verweise darauf, dass der libanesische Bürgerkrieg 15 Jahre gedauert hat. Dass der syrische Bürgerkrieg, der jetzt im Gange ist, ebenso lange dauern könnte und dass der Bürgerkrieg im Irak im vollen Gange ist, was ja immer verschwiegen wird. Ich war noch vor kurzem im Irak gewesen und wurde dort immer von Panzerfahrzeugen begleitet, was früher nie der Fall gewesen war. Also das breitet sich aus.

Die wirkliche Katastrophe in der Gegend, von der wir jetzt reden, könnte sich in Pakistan ereignen. Wie gesagt, Afghanistan ist da nur ein Spielball der Mächte. Aber was den Aufbau der pakistanischen Armee betrifft, da gebe ich wirklich den dringenden Rat, keine deutschen Ausbilder dort runter zu schicken. Die kommen nicht lebendig zurück. Jedenfalls ein Teil von denen. Da müssen wir noch welche runter schicken, um die Ausbilder zu schützen. Aus islamischer Sicht ist die Präsenz von Ausländern durchaus akzeptabel. Die Taliban haben schon die GDZ geduldet. Die hat weitergearbeitet und wurde nicht behindert. Ich habe sogar gesehen, zivile deutsche Aufbautrupps usw., denen es lieber war, wenn die Bundeswehr nicht in der Nähe war, und sie nicht unter dem Verdacht standen, militärisch da irgendwie impliziert zu sein. Aber was für die islamische Auffassung unerträglich ist, ist die Präsenz von Bewaffneten und Ungläubigen auf ihrem Territorium. Wenn man sich diesen Grundvorstellungen der islamischen Theologie und dem islamischen Denken entsprechen anpasst, die sich auf alle Länder beziehen, mit denen wir es zu tun haben, dann laufen wir in eine falsche Richtung. Und die Amerikaner versuchen nun mit dem Fortführen ihrer recht robusten Politik gegen den asymmetrischen Krieg, der ja eingetreten ist, der den konventionellen Krieg völlig zurückgedrängt hat, fertig zu werden. Mit diesem asymmetrischen Krieg ist bisher noch keiner fertig geworden. Selbst die Israeli haben 2006 gegenüber dem Libanon einen erheblichen Rückschlag, weil wir haben wenig davon gesprochen, erlitten.

**Der Vorsitzende:** Was folgt daraus? Was folgt daraus, wenn man damit noch nicht fertig geworden ist mit der Asymmetrie der Kriegsführung?



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Dr. Peter Scholl-Latour:** Das kommt dann hinzu, weil aus westlicher Sicht die Ablehnung einer jeden terroristischen Organisation, ist die einzige Form dieser Völker und dieser Länder sicher zu werden. Das tun sie jetzt sehr erfolgreich. Und wenn man Kontakt mit denen hat - ich habe sogar Kontakt zur Hisbollah im Libanon -, das sind keine Mörder und Verbrecher. Das ist eine sehr ordentlich organisierte Organisation. Sie werden dann in eine Ecke gedrängt, wo sie dann rabiat werden. Und wie gesagt, was im Hinblick auf die Wirtschaftsentwicklung und Hilfe ja sehr lobenswert gewesen ist, wir haben doch nicht mit unserer Bundesrepublik oder unserer Europäischen Union allein die Gabe der Ubiquität. Wir können doch nicht überall als helfender Engel auftauchen. Syrien liegt uns viel näher als Afghanistan. Wir müssen auch mal an uns denken. Es ist heute schon für einen Ungläubigen nicht mehr möglich, nach Benghazi zu reisen. Der wird umgebracht. Und Benghazi, wo die Operation unter dem Motto stattgefunden hat: Wir schaffen hier die Demokratie - was ist herausgekommen? Die widerlichsten Formen des Dschihadismus. Und insofern, wir verzetteln uns doch völlig. Heute ist es Afghanistan, morgen ist es Somalia.

Zum Beispiel der Vorschlag, ich bin sehr für den Einsatz der Bundeswehr. Ich komme gerade vom [...] in Afrika. Aber Somalia bitte nicht. Da ist immer alles schief gegangen. Da soll man sich mal an den General Reinhardt wenden, der mit den ersten deutschen Truppen da gewesen ist. Da soll man raus bleiben. Gegen [...] kommen wir nicht an. Wir bewegen uns da, die Bundeswehr, das können wir nicht vergessen, denken immer noch in konventionellen Vorstellungen. Die ist noch immer mehr oder weniger im Fulda-GAP stehen geblieben.

Ich habe mit den deutschen Hubschrauberpiloten in Afghanistan gesprochen. Sie haben fast keine Hubschrauber. Und das ist ein unentbehrliches Element. Und die, die sie hatten, waren geeignet für den Start in der norddeutschen Tiefebene. Aber 3.000 Meter Höhe gingen schon nicht mehr. Und Sandsturm ging auch schon nicht mehr, also dass die Dinger fast dauernd am Boden lagen. Wir müssen eine völlige Umstrukturierung unserer Streitkräfte machen. Und ich glaube, das ist ein Aspekt, auf den wir den Hauptwert legen müssen. Wir sind doch wehrlos im

Moment. Und bei dieser ganzen Ukraine- und Krimdebatte sind wir doch wieder völlig ins Gefolge einer von den USA dirigierten NATO geraten, in der wir überhaupt nichts zu sagen haben. Es kommt natürlich die verständliche Angst der osteuropäischen NATO-Partner dazu, die erkenne ich durchaus an. Was man ja gar nicht sieht, man redet immer von Globalisierung. Man sieht doch gar nicht, dass Russland durch den Islam stärker bedroht ist als Amerika. Es gibt 20 Mio. Muslime innerhalb Russlands, abgesehen von den GUS-Staaten, die im Moment noch einen sehr autoritär geführten Islam der früheren KPDSU-Funktionäre haben, aber das wird eines Tages umschlagen. Das kann von einem Tag zum anderen passieren. Und dann sind die Russen im Rücken bedroht, wenn die eine eurasische Gliederung und Stärkung wollen, das ist verständlich.

Wir sehen nie über den Tellerrand weg. Und wenn wir auf die Ukraine blicken. Das Wort Maidan ist ein arabisches Wort. Das heißt Platz. Die Stadt ist 250 Jahre lang von den Mongolen, die Muslime geworden waren, beherrscht gewesen. Das alles, diese ganzen geschichtlichen Bezüge, wird ja völlig außer Acht gelassen. Und was ich bei den Amerikanern wirklich nicht begreife [...] Entschuldigung, eins möchte ich noch hinzufügen: Für die Amerikaner gäbe es ein Gebot, nämlich mit Russland zusammen zu arbeiten gegen die Gefahren, die beide gemeinsam bedrohen. Das eine ist der militante Islamismus und auf der anderen Seite die Weltmacht China. Aber seltsamerweise lassen sie sich da, die Amerikaner, in einen Zwölf-Runden-Krieg da ein.

**Der Vorsitzende:** Herr Ruttig, bitte.

**Thomas Ruttig:** Ja, danke. Erst nochmal eine Bemerkung zu dieser ganzen Taliban-Geschichte. Wir haben viel darüber geredet, dass man Verhandlungen machen muss und einbeziehen muss usw. Aber ein Satz ist auch noch wichtig. Ein Deal zwischen irgendeiner Kabuler Regierung und den Taliban ist noch nicht die Lösung der Probleme. Es kann ein erster Schritt sein, dazu beitragen, dass sozusagen das Feuer unter dem Kessel weg kommt, dass die Gewalt runter geht und dann hat man vielleicht paar mehr Spielräume. Aber im Grunde haben wir ja sehr starke fundamentalistische Kräfte, die sich von ihrem Ideengehalt gar nicht von den Taliban so sehr unterscheiden, direkt in den Sesseln neben der jet-



## Nur zur dienstlichen Verwendung

zigen Regierung. An der Spitze des juristischen Sektors usw. Also man muss da sehr vorsichtig sein. Es besteht da wirklich die Gefahr, dass da gerade im Bereich der Rechte und Freiheiten dann natürlich Rückschritte eintreten und deswegen müssen die Afghanen erst einmal einen innergesellschaftlichen Konsens darüber herstellen, ob sie denn mit den Taliban reden wollen und worüber und welche Zugeständnisse sie denn machen würden. Und da müssen natürlich die Frauen ihre Stimme haben und die internationale Gemeinschaft kann dann dafür sorgen, dass sie die auch kriegen und behalten. Im Moment haben sie die ja.

Die Frage von Herrn Röttgen, die sehr breit ist; Zieldefinition und was ist eigentlich passiert und sind zwölf Jahre sehr kurz. Klar sind zwölf Jahre sehr kurz. Wir werden mit Afghanistan wie mit vielen anderen Entwicklungsländern noch über Jahrzehnte zusammenarbeiten. Wir haben ja auch Entwicklungszusammenarbeit mit Indien über 40 Jahre gemacht, und Afghanistan wird sicher so lange auch noch externe Zuschüsse brauchen. Wir können nicht damit rechnen, nach den auch optimistischen Vorstellungen der afghanischen Regierung, die diese Transformationsperiode von 2015 bis 2024 definiert hat, dass am Ende dann da ein normales Land steht. Ob der Konflikt bis dahin vorbei sein wird, die Länge der Bürgerkriege, haben wir jetzt mit den Philippinen gehabt, nach 17 Jahren Abkommen, könnte denen möglicherweise im Weg stehen. Ja, und wir brauchen natürlich ein dynamisches Engagement. Aber wir müssen, glaube ich, die Zielvorstellung dann eben auch mit Einbeziehung der afghanischen Seite und dann eben nicht nur der Regierung, die leider, obwohl sie ja zum Teil von der Bevölkerung gewählt worden ist, mit allen Problemen, aber eben nicht für alle spricht. Diese Ziele dann definieren, wo die Afghanen hin wollen.

Sie haben ja zum Anfang selbst gesagt, ich kann das nur unterstreichen, Innenpolitik und Außenpolitik kann man nicht mehr auseinander nehmen. Auch Deutschland und der Bundestag und wer auch immer hier da eine Rolle spielt, haben eine Verantwortung über Afghanistan übernommen. Und auch wenn die Leute in Kunduz sie nicht wählen können, die gucken auf Deutschland. Die haben, glaube ich, auch das Recht, nach Deutschland zu gucken und von hier Hilfe zu erwarten. Was ich glaube, wir haben hier sehr viel auch über die USA gehört und was

da alles gelaufen ist und was nicht gelaufen ist. Frage der Wiedereinführung von „Lead Nations“. Ich meine, die „Lead Nations“ sind letztendlich ausgehebelt worden, dass die Amerikaner einfach sehr viel mehr Ressourcen rein gebracht haben, und dann konnte Deutschland mit Aufbau von Zivilpolizei, was ich nach wie vor für eine gute Idee halte, dann auch nichts machen, weil die Amerikaner einfach alles aus den Händen genommen haben. Die besetzen auch sämtliche Koordinierungsgremien dort. Wir haben dort unsere vier Diplomaten, die wir 2005 noch dort unten hatten, gar nicht wissend, wo sie zuerst hingehen sollen, und sie sind auch nicht Experten für alles.

Das ist auch so eine Frage, dass Deutschland zwar immer gesagt hat, wir sind drittgrößter Truppensteller, drittgrößter EZ-Geber usw., aber wir waren nur die Größten unter den Kleinen. Die Briten hatten zu der Zeit, als ich zwei Jahre an der Deutschen Botschaft gearbeitet habe – glaube ich, -80 Diplomaten. Wir hatten, wie gesagt, vier. Ich war der fünfte für zwei Jahre. Also wir müssen da sehr viel mehr aufbringen und wir müssen da, glaube ich, auch ein bisschen mehr Geld ausgeben für Krisenvorsorge, nicht immer für Krisennachsorge. Wir haben dieses Konfliktreaktionszentrum, wir brauchen Konfliktanalysezentrum. Da muss richtig Geld rein, zivile Friedensförderung und alles solche Dinge. Das ist ja bis jetzt nur ein Anhängsel, verzeihen Sie mir, das man nach außen vorzeigen kann, aber das hat leider nicht viel zu bedeuten. Aber das wäre, glaube ich, ein Ansatz, wo man drüber nachdenkt, wie wir uns wirklich engagieren wollen. Nicht nur in Afghanistan, sondern auch in anderen Ländern.

Sie fragten noch einmal zur Wehrpflicht. Ich kann die Frage nicht beantworten. Sie war da, die Afghanen fanden es wichtig, aber im Moment redet auch keiner mehr darüber. Die Afghanen vergessen häufig, was 2001 bis 2004 gelaufen ist, noch schneller als wir. Es hat zwar auch als militärischer Konflikt angefangen, aber das waren eben auch die „Golden Hours“, wo die Sicherheitslage noch so gut war, dass man überall im Land hin kommen konnte, ohne dass man sich mit einem gepanzerten Auto bewegen musste und wo man was hätte machen können. Und da hat auch zum Beispiel das BMZ - lassen Sie mich das mal hier ruhig so sagen -, gesagt, wir machen eben nur Dinge nördlich von Kabul, weil im Süden ist es uns viel zu gefährlich, wo Deutschland



## Nur zur dienstlichen Verwendung

bis in die 70er Jahre hinein das größte Entwicklungsprojekt aller Zeiten hatte. Die Provinzentwicklung in Paktia, wo die Leute zum Teil bis heute noch Deutsch sprechen oder teilweise Deutsch sprechen. Das war alles Mögliche. Force-Geschichte war nur ein Teil. Die erinnern sich da in 50 Jahren noch dran.

Also das ist für mich Nachhaltigkeit und man konnte predigen, was man wollte, niemand wollte das hören. Und das ist erst sehr spät dann dort angefangen worden. Dann ist der Einzige, der dort unten war, dann auch noch angeschossen worden und dann war das sowieso vorbei. Ich bin der Meinung, dass dort die Erwartungshaltung, auch die Freundlichkeit, die den Deutschen gegenüber zum Ausdruck gebracht worden ist, dazu geholfen hätte, eine große Region zu stabilisieren, wenn man nur früh genug angefangen hätte. Die hätten uns da auf Händen getragen. Ich habe es echt da erlebt.

Drogenbekämpfung, wenn ich jetzt noch kurz darf. Wir haben bei uns in unserer Organisation im Vorstand die ehemalige Leiterin des UNODC-Büros in Kabul, die sehr lange in diesem Bereich drin war. Die sagt, ehrlich gesagt, nur eins, was sich hier noch nicht durchgesetzt hat und vielleicht nicht sehr populär ist. Die Verbraucherseite entscheidet. Vermutlich muss man bestimmte Dinge legalisieren, damit man andere Dinge nachhaltiger kriminalisieren kann. Aber auch die Strategie schon, jetzt, wenn man mal sagt, das, was wir bisher gemacht haben, war richtig, ist ja nicht gut gelaufen. Es ist gesagt worden, wir machen Drogenbekämpfung, gleichzeitig hatten unsere Soldaten und die britischen Soldaten, die den Lead bei der Drogenbekämpfung hatten, nicht das Mandat, gegen Drogenhändler vorzugehen. Warum? Weil die meisten von denen ja nicht Taliban waren, sondern unsere Verbündeten, mit denen wir die Taliban bekämpft haben. Wir haben da Prioritäten gesetzt, wir wollten Taliban tot schießen. Aber das reicht nicht. Es ist eben kein militärischer Konflikt gewesen, sondern eine politische Angelegenheit und da müssen wir hin zurück. Und dann eben kommen die Taliban wieder ins Spiel, da kann man wahrscheinlich nicht von, kennen die Leute auch ganz gut, noch als sie im Amt waren, Mutawakkel und so ausgehen, die sind aus der Taliban-Regierung rausgeschmissen worden, die sprechen nicht mehr für die. Die sind zwar gute Anzeiger, die haben wohl auch noch ihre Kontakte, aber

die Musik spielt irgendwo in Quetta oder Karachi. Da muss man ran. Da kann Deutschland möglicherweise auch eine Rolle spielen. Jetzt nicht selber den Vermittler machen, da sind sowieso schon zu viele, die das irgendwie versuchen im staatlichen und nichtstaatlichen Bereich. Wichtig wäre eine europäische Politik, die sich auch von dem abgrenzt, was die Amerikaner zum Teil machen, zur Entwicklung in Afghanistan und auf diese alten Geschichten einzugehen, vor zwölf Jahren, dass die Afghanen von den Europäern sehr viel mehr erwartet haben und sich das nicht erfüllt hat. Und das könnte eben sein, tatsächlich die Unternehmens-Rolle wieder dort zu stärken. Man kann hier sehr viel finden, warum die Unternehmen nicht funktionieren und schlecht sind, aber sie sind immer noch die Organisation, die am meisten Staaten mit vertritt. Die Übernahme der Führung letztendlich in Afghanistan durch die NATO anstelle der Unternehmen hat auch dafür gesorgt, dass Iran, Pakistan, Russland, zum Teil auch China, aus dem Prozess ausgestiegen sind, der hier in Bonn angefangen hat, wo die alle noch da waren und mit geholfen haben. Also lassen Sie uns tatsächlich mal zwölf Jahre zurückgehen und gucken, ob es da noch bestimmte Ansätze gibt, die man wiederbeleben kann. Und ich glaube, Deutschland könnte da eine Rolle spielen.

**Der Vorsitzende:** Vielen Dank, Herr Köhler bitte.

**Jan Köhler:** Ja, ich schließe gleich an. Also wenn friedliche Selbstständigkeit tatsächlich von Anfang an das Ziel gewesen wäre, dann ist die Frage nach der Rolle der UN und nicht eben mit einem „light footprint“, sondern vollkommen ausgestattet sicherlich eine wichtige Frage. Und ich denke auch, dass die Frage sich jetzt wieder stellt, wenn wir anerkennen, das ich der Meinung bin, dass ein politischer Friedensprozess letzten Endes für dieses Ziel, dass Sie jetzt formuliert haben für 2001/2002, friedliche Selbstständigkeit, tatsächlich immer noch erstrebenswert und erreichbar scheint. Die Frage ist halt, ob es das denn damals wirklich war. Und so habe ich den Afghanistaneinsatz zunächst nicht erlebt.

Da ist auch eine kurze Antwort gleich mit eingebunden an Herrn Gauweiler. Ich meine, die Sachen sind ja veröffentlicht, die wir 2003 geschrieben haben. Da waren wir, denke ich, nicht Teil derjenigen, die gesagt haben, alles läuft gut und alles läuft richtig.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

Also ich habe selbst gesehen, wie sich die Amerikaner 2005 die große Unterstützung, die genauso groß war wie die Unterstützung der Deutschen im Norden in Nangahar, Laghman und dann später Kunar kaputt gebombt haben. Und durch „house to house searches“ und Operationen, die die Afghanen sehr stark an sowjetische Einsätze erinnert haben, sich wirklich kaputt gemacht haben. Und der Gouverneur dort hat zweimal im Interview mit mir händeringend gesagt, wenn ich irgendwelchen Kontakt zu den Amerikanern habe, soll ich denen sage, dass sie mit dem Wahnsinn aufhören sollen, weil ihm der Boden unter den Füßen weggezogen wird. Herr Gauweiler, das ist wirklich in Afghanistan - ich weiß, dass das Langweilige an Wissenschaftlern ist, dass sie immer versuchen zu differenzieren. Das ist von Landesteil zu Landesteil leider unterschiedlich. Ja, in Ostafghanistan war die „Golden Hour“ 2005 vorbei und es ist kaputt gemacht worden. Im Norden, da sind uns ja unsere Berichte 2007 um die Ohren geschlagen worden von den Antimilitaristen, weil sie dachten, dass wir Büttel der Regierung seien und unsere Afghanen zu Deutschland treu antworten würden. Das hat sich dann mittlerweile korrigiert und jetzt antworten die Afghanen richtiger [.....] nicht. Da hatten wir 80 Prozent Zustimmung gehabt für die Militärpräsenz. 80 Prozent, die gesagt haben, dass die Militärpräsenz in Nord-Afghanistan, also in den Befragungsgebieten, gut ist für die lokale Sicherheit. Das war 2007. In diesem Fall sind das 2.034 Haushalte gewesen in 80 Gemeinden. Mittlerweile sind wir bei 500 Gemeinden. Das sind Umfragen in diesem Fall, die wir gemacht haben. Wir machen nicht nur Umfragen, wir fahren auch in die Dörfer und machen auch Hintergrundinterviews und qualitative Forschung. Das ist sehr aufwendig aufgebaut. Diese Zustimmungswerte sind ja dann, das können Sie auch in dem Handout nachlesen, wie die eingebrochen sind dann 2011. Aber deshalb war die „Golden“ Hour“ zu unterschiedlicher Zeit an unterschiedlichen Stellen vorbei.

Grundsätzlich würde ich aber Ihrer Aussage zustimmen, also dynamisch muss so etwas sein. Das ist auch sonst völlig unrealistisch. Die Frage, ob jetzt Operation Enduring Freedom tatsächlich es abgesehen hat auf eine friedliche Selbständigkeit von Afghanistan, dem war ja nicht so. Und das war ja sicherlich ein Hauptproblem ganz am Anfang, dass wirklich zwei Mandate aufgelegt worden sind, die sich wirklich [.....] gegenüberstanden. Da kam auch

hier die Frage, ob das jetzt nicht wieder so sein könnte, wenn man wieder einen Special Forces-Anteil haben wird in Zukunft, und dann eben ein Ausbildungsanteil haben wird. Das Risiko ist in der Tat da. Allerdings ist ja dieser Ausbildungsanteil, da geht es ja nicht mehr so sehr darum, tatsächlich tragfähige staatliche Institutionen erst einmal zu schaffen, die eine gewisse Legitimation haben. Und dagegen stand OEF eben ganz massiv. Das passte einfach nicht zusammen, funktionierte so nicht. Ich glaube aber, deshalb ist auch so nachgleitende Planung ganz unvermeidbar. Da muss dann eben diese nachgleitende Planung möglichst eben auf der Grundlage von substantieller Analyse machen und nicht eben von irgendwelchen Gesinnungen, Meinungen oder tagespolitischen Entscheidungen.

Das wäre dann sicherlich sehr wichtig, das knüpft auch an die Frage an nach wirklich guter wissenschaftlicher Aufarbeitung bzw. Wirkungsbeobachtung und Evaluierung, die man machen könnte. Das ist natürlich auch für die weitere Planung dann wichtig. Ich glaube, eine Sache, auf die wir uns alle einstellen müssen, sowohl als Beobachter wie auch als politische Entscheidungsträger ist, dass der Einfluss - das antwortet auch auf eine Frage, die gekommen ist -, dass der Einfluss jetzt nach dem weitgehenden Abzug zurückgehen wird. Und das betrifft natürlich deshalb auch, wie viel Gestaltungsspielraum überhaupt noch da sein wird. Ob wir das „wir“ noch benutzen können werden, wenn wir davon sprechen, was wird denn mit den Frauenrechten passieren, wird hier die internationale Gemeinschaft überhaupt gefragt werden, hier diese Entscheidung zu treffen oder wenn es darum geht, inwiefern man Milizen einbindet oder mehr verstärkt über Milizen arbeitet oder was mit der Strategie passiert, wie mit dem Drogenanbau. Und vor allen Dingen, was hier zu Recht von Thomas Ruttig nochmal gesagt worden ist mit dem Handel - also Anbau ist ja teilweise bekämpft worden zu Lasten der Bauern. Das, worum es wirklich ging, und im Norden vor allen Dingen auch geht, Norden sieht ja toll aus. Ist ja kaum noch Anbau, Cannabis, aber Opium ist ja massiv runter gegangen, kaum noch da. Aber der Handel läuft maßgeblich weiter über den Norden. Das wird die neue afghanische Regierung entscheiden. Und Karzai war da ja mal in einem Interview 2005 mit der BBC sehr ehrlich, als er gesagt hat, ihr macht mir doch meine Steuerungsfähigkeit in Süd-Afghanis-



## Nur zur dienstlichen Verwendung

tan kaputt, indem ihr ständig Druck auf mich ausübt. Ich meine, er hat es nicht so ganz explizit gesagt, die Drogenökonomie kontrollieren und dann Proxies dort als Provinzgouverneure ständig unter Druck zu setzen. Und mich noch zu zwingen, einen abzusetzen. Klar haben die Taliban dann übernommen. Vorher haben wir das kontrolliert. Vermutlich wird die neue Regierung hier aus strategischen und auch aus geschäftsschädigenden Fehlern lernen und nach ISAF da auch keine Ausländer mehr fragen müssen, wie sie sich dort verhalten werden.

Die Frage, ob man sowas mit Konditionalität regeln können wird, also Konditionalität, die sich dann ja nur noch auf Entwicklungszusammenarbeit hauptsächlich beziehen wird. Und sagt aber nicht, wenn das und das passiert, dann bekommt ihr diese und jene Leistung nicht, halte ich für sehr fraglich bei diesen Punkten. Entscheidend wird sicherlich weiter sein für eine grundsätzliche Chance auf friedliche Selbstständigkeit, das dauert, glaube ich, tatsächlich noch. Der Weg eher Richtung Frieden als Richtung Verkriegung [.....] von Gesellschaft nochmal geht [.....] wird es sein, ob der Westen in der Lage sein wird [.....] Das hatte ich schon einmal gesagt, aber nur in einem Nebensatz, der eigenen Bevölkerung glaubwürdig zu verkaufen, dass eine Unterstützung der Ordnung, die sich nach der Wahl in Afghanistan herausbilden wird - und es wird sich irgendeine Ordnung herausbilden -, dass man die unterstützen kann, auch wenn sie sich nicht an den doch relativ hohen Zielen von Demokratisierung [.....] Davon ist jetzt schon kaum noch die Rede, aber zumindest Rechtsstaatlichkeit, Institutionen, wenn sie damit nicht wirklich passgenau hineinpassen wird. Das wird ein demokratischer Dschihad, ein demokratisches Spiel sein, also immer wieder die eigenen Köpfe zu überzeugen, dass es sich lohnt und dass es gerechtfertigt ist, dies zu tun. Denn ansonsten ist die Zukunft, was die Gewalt angeht, tatsächlich düster in Afghanistan.

**Der Vorsitzende:** Danke sehr. Herr Jäckel bitte.

**Otto Jäckel:** Der Abzugstermin für die Kampftruppen - 31.12.2014 - ist ja relativ willkürlich gesetzt. Wenn wir davon ausgehen würden, dass wir weiter Kampftruppen bräuchten in Afghanistan, um alle die Ziele zu erreichen, über die wir hier heute gesprochen haben, dann wäre ja dieses Kommando - Abzug 31.12. - falsch. Obama sagt aber, es gibt

dumme Kriege und es gibt intelligente Kriege. Also hat aus meiner Sicht dieser Abzugstermin auch etwas damit zu tun, mit einer Änderung des Konzepts und einer Umstellung auf das Konzept des intelligenten Krieges. Insofern halte ich das für wichtig und richtig, was eben gesagt worden ist, dass eine Beibehaltung eines robusten Ausbildungsmandats das Risiko beinhaltet, dass dort Spezialkräfte das Konzept des intelligenten Krieges in einer veränderten Form von ORF fortführen werden. Mit der Konsequenz, dass die Aufstandsbewegung sich dagegen wehren wird. Das heißt, eine Perpetuierung des Kriegszustands in Afghanistan ad ultimum.

Herr Dr. Röttgen, Sie haben zu Recht noch einmal nachgehakt eben bei Ihrer Frage, wann soll denn die dritte Stufe eintreten dessen, was Sie als Drei-Stufen-Modell eben mal so dargestellt haben. Wann kann denn dieser Zustand eintreten, dass ein selbstbestimmtes Afghanistan entwicklungspolitisch unterstützt wird, aber ohne ausländische Truppen auf afghanischem Boden? Und ich meine, ebenso wie dieser Zeitpunkt - Abzug der Kampftruppen 31.12.2014 - willkürlich gesetzt ist, muss man auch diesen Zeitpunkt willkürlich setzen und sagen, mit den ausländischen Truppen auf afghanischem Boden muss einfach mal Schluss sein.

Herr Dr. Scholl-Latour hat meiner Meinung nach dazu das Richtige gesagt. Wir müssen einfach akzeptieren, dass es eine Mentalität gibt in Afghanistan, die besagt, wir können keine ungläubigen bewaffneten Krieger auf unserem Boden dulden. Ich kann Ihnen sagen, einen Satz, der mich in meinen vielen Gesprächen, die ich in Kabul geführt habe, am meisten berührt hat, war der, den Herr Dr. Faruk Azam gesagt hat. Er hat gesagt: „Wir sind arm, aber das Land gehört uns.“ Und ich glaube, das müssen wir beherzigen. Diese Mentalität ist ganz entscheidend in Afghanistan. Das heißt, alles, was auf Einmischung durch ausländische Truppen hinausläuft, wird in Afghanistan niemals auf Akzeptanz stoßen und wird immer Widerstand provozieren. Und diesen Zustand müssen wir beenden. Das heißt nicht, dass wir unsere Verantwortung der Entwicklungszusammenarbeit aufgeben sollten. Insofern finde ich es richtig, dass dieses Programm aufgelegt worden ist, 430 Mio. Euro für Afghanistan.

Ich halte es aber für falsch, wenn Herr Minister Müller gegenüber der Presse, jetzt im März, erklärt, ja,



## Nur zur dienstlichen Verwendung

wir wollen Afghanistan nicht im Stich lassen, aber wir machen die weitere Hilfe davon abhängig, ob das Truppenstationierungsabkommen mit den USA zustande kommt. Das muss doch bei den Afghanen den Eindruck erwecken, aha, das Wichtigste für die in Deutschland ist, wir wollen weiterhin dort eine Garnison haben oder mehrere. Und dafür sollen wir was bekommen. Wenn wir nicht zusagen, dass wir die Garnison hier dulden, dann bekommen wir auch nichts. Und das ist eine ganz fatale Diskussion, die dort entsteht und die ja im Umkehrschluss jetzt auch schon dazu führt, dass viele sagen, ja, unterschreib doch dieses Ding in Kabul. Es gehen Leute auf die Straße und sagen, unterschreib doch, dann haben wir endlich Ruhe und dann fließen die Gelder weiter. Aber das ist in keiner Weise vertrauensbildend und das würde aus meiner Sicht nicht zu einer Befriedung Afghanistans beitragen. Wir brauchen keine Ausbildungsmission auf dem Boden Afghanistans. Deutschland hat mit vielen Staaten doch solche Vereinbarungen über den Austausch von Ausbildungskräften. In der Bundeswehr werden Soldaten aus vielen Staaten ausgebildet, umgekehrt halten sich deutsche Ausbilder in vielen Staaten auf. Das gleiche gilt für die Polizeikräfte, das gleiche gilt für die Koordination von Ausbildung, die durch Interpol in Lyon durchgeführt wird. Das kann alles auch auf deutschem Boden stattfinden. Afghanische Soldaten können selbstverständlich hier eingeladen werden, in deutschen Garnisonen auf deutschen Truppenübungsplätzen ausgebildet zu werden. Dazu ist keine Anwesenheit einer deutschen Garnison in Afghanistan erforderlich. Und ich glaube, das ist die wichtigste Botschaft, die ich verstanden habe in meinen Gesprächen. Es wird nur Frieden geben dort, wenn die ausländischen Truppen von dem Boden Afghanistans abziehen und auch nicht unter dem Vorwand der Ausbildungsmission dort weiter anwesend bleiben.

Ich will zum Schluss noch einen Satz sagen zu dem, was Herr Ruttig gesagt hat. Wir müssen die Afghanen mal ausdiskutieren lassen, welche Ziele sie eigentlich haben. Ich glaube, das muss praktisch gemacht werden. Es muss eine Plattform dafür geschaffen werden in Afghanistan, es muss ein Tisch geschaffen werden, an dem die verschiedenen Parteien des Bürgerkriegs und die verschiedenen gesellschaftlichen Kräfte zusammen kommen. Es gibt in Afghanistan selbst genug geeignetes Personal, die solche Diskussionen moderieren könnten. Ich habe

zum Beispiel den eben erwähnten Herrn Dr. Faruk Azam kennengelernt, der in der Bürgerkriegsphase über 50 mal in einer Pendeldiplomatie zwischen den Bürgerkriegsparteien hin und her gependelt ist und verhandelt hat zwischen den Bürgerkriegsparteien. Er verfügt über ein ganz hohes Maß an entsprechender Erfahrung. Es gibt auch andere sicherlich, die dafür in Frage kommen, aber das, meine ich, darf sozusagen kein Ding sein, was wir sagen, nun macht mal, sondern das muss auch konkret praktisch durchgeführt werden. Und dazu meine ich, sollten wir, soweit das geht, unsere Hilfestellung leisten und versuchen, die verschiedenen Parteien an einen Tisch zu bekommen. Mit welcher Moderation auch immer.

**Der Vorsitzende:** Danke sehr. Und nun haben Sie von den Sachverständigen das Schlusswort.

**Adrienne Woltersdorf:** Danke schön. Ich fange mit der Frage von Herrn Gauweiler an. Ich habe Sie so verstanden, Sie fragen, ab wann begann es schief zu laufen. Ich kann Ihnen keinen genauen Zeitpunkt nennen. Ich kann nur einige grundsätzliche Phänomene beschreiben. Genau wie Herr Ruttig würde ich auch sagen, dass es vielleicht den europäischen Nationen zu spät klar geworden ist, was sie besonders gut können und immer hat, zumindest auf jeden Fall bis 2010 und eigentlich auch noch darüber hinaus, hat der militärische Ansatz der USA sehr stark dominiert und eben auch die Wahrnehmung der Afghanen dominiert. Wir haben natürlich hier unweigerlich den Eindruck, dass die Bundeswehr eine sehr große Rolle spielt, das ist auch richtig so von unserer Perspektive. Nur wenn Sie normale Afghanen befragen, die wissen oft sehr wenig darüber, wenn sie nicht gerade im Norden leben.

Das Problem wird immer diskutiert als ein Problem des US-Einsatzes. Ich glaube, gleichzeitig eine immer wieder sich zeigende Problematik ist die eben doch nicht so gute Koordinierung aller internationalen Akteure. Wenn Sie in Kabul tätig sind, da erfindet man fast täglich das Rad neu. Immer wieder werden ähnliche Programme aufgelegt, mal von Amerikanern, mal von Briten, mal von uns, mal von Franzosen. Das ist nicht so wirklich beglückend und man muss selbstkritisch sagen, wenn wir etwas daraus lernen wollen, dann sollten wir das auswerten. Was ist da schief gelaufen, weil eine gute Koordinierung hätte uns Geld sparen können, hätte aber eben



## Nur zur dienstlichen Verwendung

auch für viele Beteiligte Frustrationen ersparen können. Ich habe in unseren Jugendprogrammen Bewerber, die haben wirklich sage und schreibe an über 45 Trainings verschiedener Nationen teilgenommen, teilweise mit gleichem Titel, das reicht von irgendwie Bedeutung der Aufforstung in Paktya bis hin zu neue Buchhaltungsmethoden - jeder meint mit einem ganz besonderen Wissen die Afghanen beglücken zu müssen. Das hätte nicht sein dürfen und müssen. Die Koordinierung ist nicht so gut gelaufen. Und gleichzeitig ist eben, und ich finde, das zeigt sich immer wieder bei den Langzeitbeobachtungen, ein zu spätes Einbeziehen oder überhaupt ein Versuch der Diskussion mit Afghanen hat oft zu wenig und auch zu lustlos stattgefunden. Immer wieder war die Klage zu hören, ja, die sind noch nicht so weit und die haben ja keine eigene Meinung. Und dann wurden, weil wir getrieben sind von unseren eigenen Budgets, von unseren eigenen Abläufen, eben Entscheidungen getroffen, wurden Dinge angestoßen, die oft eben nicht im Sinne der Afghanen waren. Und wenn Sie beklagen, dass das Feldlager Kunduz in einem schlechten Zustand ist, ich war nicht da, ich habe es nicht gesehen. Nur ein kleines Beispiel, es war auch eine ähnliche Klage über ein amerikanisches Feldlager, was übergeben worden war. Da hatte man sich besonders darüber aufgeregt, es war eine sehr teure Küchenausstattung dort installiert worden mit [.....] und Frittieranlagen usw. Afghanen brauchen das nicht. Die wollen auf dem Boden kochen. Das haben sie dann auch gemacht. Die Küche stand unbenutzt da. Das ist nur sozusagen eine kleine Metapher, um zu zeigen, dass vieles, was wir für so gut halten und dort hinterlassen wollen, vielleicht von Afghanen nicht immer wirklich gewünscht war.

Zu dem Bedarf, Herr Schmidt, was Sie angesprochen hatten, von der Tokio-Konferenz. Ich glaube, es geht nicht so sehr darum, sich jetzt vorzustellen oder schon in irgendeiner Weise voraus zu berechnen, was würde uns das noch kosten. Aus Sicht der afghanischen Bevölkerung ist gar nicht klar, ob wir durch die Konditionalisierung, die hier sozusagen als gute Methode angesehen wird, überhaupt die Versprechungen von Tokio einhalten werden. Ich kann auch verstehen, warum, aber auf afghanischer Seite kommt das so an, man hat sich schon eine Hintertür gebaut und lässt diese offen stehen, um sich dann rausschleichen zu können, wenn Afghanistan nicht mehr interessiert. Das ist die große Angst der

Afghanen. Ich glaube daher, es geht nicht wirklich wesentlich um immer weiter steigende Beträge, sondern es geht darum, das, was wir in Zukunft tun wollen, auch dem afghanischen Partner klar zu machen, wir werden dazu stehen. Das heißt aber nicht, dass wir einfach nur Geld geben und nicht weiter fordern sollen, ganz im Gegenteil. Ich glaube, ständiges Fordern - das hat sich auch in verschiedenen Einzelbeispielen gezeigt - ist richtig. Also den Druck, aber damit auch gleichzeitig das Interesse nicht nachwachsen zu lassen, aber es muss beständig sein. Denn wenn in Afghanistan, in Kabul, nicht klar ist, ob wir wirklich in fünf Jahren noch unser Wort einhalten werden, dann sozusagen ist kein Vertrauen da. Das ist sehr wichtig, diese Vertrauensbasis.

Frau Motschmann, glaube ich, Ihre Frage. Es ist richtig, es gibt Fortschritte bei dem Besuch von Mädchenschulen, Mutter- und Kindergesundheitsversorgung und Wasser und Elektrizitätsversorgung. Aber man fragt sich natürlich schon, wenn man sich die Summen anschaut, die dort investiert wurden, kann man schon sagen, der Output ist relativ gering. Allein Stromversorgung jetzt in diesem Winter in Kabul war geprägt von der dauernden Abwesenheit von Strom. Also da hätte wesentlich mehr getan werden können. Das hat eben auch damit zu tun, dass wichtige Infrastrukturprojekte wieder gecancelt wurden, zum Teil eben mit der Begründung von Sicherheit und so weiter und so fort. Also da ist wirklich nicht genug getan worden. Aber das, was Sie aufgezählt haben, Sie haben die Frage ja vorsichtig formuliert, das stimmt. Das, was Sie genannt haben an Zahlen, das ist richtig. Auch wenn Thomas Ruttig darauf hingewiesen hat, ja, die Schulen, die Qualität ist miserabel. Aber es ist eben auch nicht möglich, eine ganze Lehrergeneration herzuzaubern, die nicht existiert. In der Tat ist sozusagen das Bildungsniveau im Land so gering, das wird noch viele Jahre dauern.

Dann wollte ich noch kurz auf das Thema Frauenrechte eingehen. Sie sagen, Herr Jäckel, eine Garnison beziehungsweise ausländische Truppen sind dort grundsätzlich nicht toleriert. Ich könnte Ihnen Frauen vermitteln, die sagen, bitte verlasst uns nicht, denn ihr seid die einzige Garantie, dass wir hier unsere Frauenrechte aufrechterhalten können. Also ich will nicht sagen, ich will Ihnen gar nicht



## Nur zur dienstlichen Verwendung

grundsätzlich widersprechen. Viele Afghanen mögen nicht den Gedanken, dass da ausländische Truppen sind, aber es gibt wirklich auch diesen anderen Aspekt und Frauen, die große Angst haben, wenn es sich irgendwie die Situation ergibt, dass sie mit afghanischen Sicherheitskräften zu tun haben, die wirklich bitten, könnt ihr uns nicht zu eurer deutschen Organisation bringen? Dort haben wir das Gefühl, gerecht behandelt zu werden. Also auch das ist sehr viel komplizierter in der Wahrnehmung. Und die Frauenrechte - selbstverständlich haben die Frauen, die jetzt am meisten von der Entwicklung profitiert haben, die größte Angst, dass gerade die Frauenrechte ein Unterpfand in der Verhandlung mit Taliban sein werden. Weil selbstverständlich sie auch immer noch nicht die notwendige oder ausreichende Unterstützung der afghanischen Männer haben. Das ist ein Kapitel, das wird sehr schwierig. Ich glaube auch, da werden vielleicht sich die wenigen Erfolge, die dort erzielt worden sind, möglicherweise nicht halten lassen, aber das ist noch nicht verloren. Also wir können diese Frauen unterstützen. Wir können aber auch mit den Männern weiter reden und ihnen sagen, ihr müsst im Sinne einer freien Gesellschaft auch für die Frauenrechte kämpfen. Das geht auch euch an. Das ist meiner Ansicht nach auch sehr vernachlässigt worden.

Es war mehrmals die Frage nach den Medien. Ja, sie sind ein großes Erfolgskapitel und ich finde, die afghanischen Medien machen einen sehr guten Job. Es gab wirklich offene Präsidentschaftsduelle im Fernsehen, es wird kritisch Bericht erstattet, es kann alles noch besser werden, aber es gibt sie und damit ist Afghanistan von der Meinungsfreiheit gesehen das fortschrittlichste Land in der Region. Das ist auch etwas.

**Der Vorsitzende:** Es gibt noch eine Wortmeldung des Kollegen Nouripour gezielt an einen der Sachverständigen und dann, glaube ich, haben wir auch das intensiv erörtert.

**Abg. Omid Nouripour (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Herzlichen Dank Herr Vorsitzender für Ihre Toleranz. Ich habe zwei Fragen an Herrn Ruttig. Sie haben vorhin gesagt, das, was ein Europäer machen könnte gegen eine Militarisierung, die durch die Amerikaner weiterhin betrieben werden kann, ist eine Stärkung der Vereinten Nationen. Die UNAMA

zieht sich ja, wenn ich richtig sehe, eher aus der Fläche zurück. Wie könnte das denn aussehen? Und zweitens einfach eine simple Frage: Die bisher bekannten militärischen und entwicklungspolitischen Pläne der Bundesregierung für die Zeit nach 2014, wie bewerten Sie sie?

**Thomas Ruttig:** Ja, danke für die Fragen. Die erste finde ich ein bisschen leichter. UNAMA zieht sich ja nicht zurück, weil sie das wollen, sondern sie ziehen sich zurück, weil unsere Regierung dem Druck Karzais nachgegeben hat, der besonders vor den Wahlen darauf gedrungen hat, dass UNAMA viele der vor nicht allzu langer Zeit eröffneten Provinzbüros wieder schließt, damit man bei den Wahlen nicht so genau hingucken kann. Unsere Regierungen sind ja Mitglieder in der UN, die entscheiden. Das ist nicht UNAMA, welche entscheidet, aus den Regionen rauszugehen. Deswegen kann ich nur wiederholen, ich würde einer Stärkung des UN-Systems in Afghanistan zureden. Vor allen Dingen eben auch im politischen Bereich. Wir sehen ja schon jetzt bei den Wahlen, dass immer sehr genau darauf geachtet wird, wir machen nur den technischen Teil, wir unterstützen da. Wir haben ja keine politische Rolle. Das ist zu früh, weil die Institutionen nicht existieren und weil sich, glaube ich, auch sehr viele Afghanen wünschen würden, dass ein paar Ausländer mit darauf gucken. Das ist auch eine Sicherheitssache für die afghanischen Wahlbeobachter u.a., die beim letzten Mal schon unter Druck und Drogen gestanden haben. Eben nicht nur von den Taliban, sondern viel konkreter von Leuten aus der Regierung, die gesagt haben, ihr berichtet uns hier zu kritisch.

Bei den letzten Präsidentschaftswahlen hatten wir 1.200 ausländische Observer, dieses Mal haben wir, wenn alles gut geht, 40. Also die Zahlen stehen noch nicht fest, aber so in der Größenordnung. Der entwicklungspolitische Ansatz: Also grundsätzlich, denke ich, geht das in die richtige Richtung, weil man muss tun, wo man selber Stärken hat und Deutschland hat u.a. eben in der Berufsbildung und solchen Dingen in Afghanistan schon sehr, sehr lange Erfahrungen. Und das sind auch Dinge, die Afghanistan braucht, auch wenn die Afghanen oder die afghanische Regierung das manchmal selber gar nicht so sehen. Und auch die Bevölkerung nicht. Also jeder will seine Tochter und sein Sohn zum Medizinstudium schicken oder irgendwie in die



## Nur zur dienstlichen Verwendung

Bauwirtschaft, weil da die große Kohle rein kommt, aber niemand will mehr in die Berufsausbildung. Da muss auch in den Köpfen was geändert werden. Das können, glaube ich, nur die Afghanen, die davon etwas verstehen, zusammen auch etwas mit ausländischen Helfern/Unterstützern - man will jetzt gar nicht Berater sagen - tun. Ansonsten müssen aber die Prioritäten - und ich sage das jetzt, glaube ich, zum dritten Mal - von den Afghanen gesetzt werden. Das ist ja nicht so, dass sie davon nichts verstehen, die wissen, wo bei ihnen der große Nachholbedarf ist.

Es gibt auch die vom Staat durchgeführten Programme usw. Da muss man sich schon darauf konzentrieren, aber gleichzeitig muss man dann auch Mikromanagement betreiben und genau gucken, in welchen Projekten und Programmen wird da Geld abgezweigt. Und da muss man eingreifen. Man kann nicht generell konditionalisieren, das halte ich für schwierig. Aber man muss ab und zu den Leuten, die am meisten dort stehen, wirklich mal auf die Finger hauen. Und der Fisch stinkt vom Kopf und es sind nicht die Kleinen, die da das meiste Geld wegnehmen. Aber es gibt eben das große Problem. Wir sehen das auch in unseren Gesprächen mit anderen europäischen Regierungen in Skandinavien und so, die gesagt haben, wir stellen so und so viel Geld bereit. Einige haben sogar mehr drauf gelegt, aber die wissen im Grunde nicht wirklich, ob sie es umsetzen können, weil die Sicherheitslage und die Sicherheitskosten so hoch sind. Ein Entwicklungsprinzip ist ja den Ärmsten zu helfen, nicht denen, zu denen man am besten ran kommt. Aber in dieser Situation sind wir in Afghanistan. Ich muss also eine Mischung aus Prinzipien und Pragmatismus sein. Aber man darf eben auch nicht alle Prinzipien dann über Bord werfen, weil es einfach so sehr schwierig geworden ist.

**Der Vorsitzende:** Vielen Dank. Ich möchte mich bei Ihnen als Sachverständige für den Ausschuss für den Bundestag sehr, sehr herzlich bedanken. Ja, das kann man sogar mal so ausdrücken, dass Sie uns in aller Pluralität Ihre Expertise, Ihre Erfahrung, Ihre Einschätzung zur Verfügung gestellt haben, was das Kernelement und ist das Kernelement dieser Anhörung gewesen. Und das hat uns sehr geholfen. Das war ein wesentlicher, substantieller, ich glaube auch immer, sehr aufrichtiger und kompetenter Beitrag, den jeder von Ihnen geleistet hat. Darum ganz,

ganz herzlichen Dank, dass Sie sich hier zur Verfügung gestellt haben.

Ich möchte für uns sagen, ich glaube, dass es notwendig und richtig war, diesen einen Baustein in der Diskussion Afghanistan zu bilden. Es ist auch nur ein Baustein, sowohl was Afghanistan angeht, eher jetzt ein retrospektiver. Ich glaube, dass das Entscheidende sicherlich mit daraus ist, Lehren, so gut man es kann, für die Zukunft zu ziehen. Was das weitere Engagement und die Gestaltung des Engagements in Afghanistan für Afghanistan angeht, aber sicherlich auch im Hinblick auf andere außenpolitische Fragestellungen, bei aller Besonderheit und immer Einzigartigkeit von solchen Einsätzen. Also es war, glaube ich, ein wichtiges Element, ein Element in der Aufarbeitung, in der Rechenschaft darüber, was stattgefunden hat, was richtig war, was falsch war, was wir lernen müssen und darum war es, glaube ich, eine ganz wichtige Sitzung. Nächste Sitzungen und Beschäftigungen mit diesem Thema werden ganz sicherlich folgen. Die nächste Sitzung für uns findet um 17 Uhr statt. Wieder in unserem traditionellen Sitzungssaal im Paul-Löbe-Haus. Diese Sitzung ist jetzt geschlossen. Vielen Dank nochmal.

Dr. Norbert Röttgen, MdB  
**Vorsitzender**